

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

182 (9.8.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abtagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelempl. 25 J.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestellen: 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestellen: 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der russisch-polnische Krieg und die Entente

Englischer Druck auf die Neutralen?

London, 7. Aug. Im Unterhause fragte Wedgwood, ob die Alliierten einen Druck auf die Tschechoslowaken ausüben, damit diese Polen beistehen. Lloyd George erwiderte: „Alles hängt von der Antwort ab, die wir von Rußland erhalten werden. Wenn die Antwort unbefriedigend ist, werden wir selbstverständlich auf jedermann einen Druck ausüben, damit er Polen die nötige Unterstützung leiste.“

Wedgwood forderte dringend eine Erklärung, daß, wenn die Antwort eine unbefriedigende sein sollte, kein Druck auf die Tschechoslowaken oder andere Grenzstaaten im Sinne einer bewaffneten Intervention zugunsten Polens ausgeübt werde.

Lloyd George sagte: „Wenn die Antwort unbefriedigend ist und wenn es völlig klar wird, daß die Sowjetregierung beabsichtigt, Polen zu unterdrücken, dann bin ich bestimmt nicht in der Lage, ein derartiges Versprechen zu geben.“

Englische Blockadeandrohung gegen Rußland?

London, 7. Aug. „Daily Express“ behauptet zu wissen, daß Lloyd George gestern Krasin und Kamenev mitgeteilt habe, es seien Befehle über Wiederaufrichtung einer neuen Blockade an die britischen Seestreitkräfte ergangen. Nach dem „Daily Herald“ hat das Geschwader in der Nordsee den Befehl erhalten, nach dem Baltischen Meere zu gehen.

Russisches Schreiben an Lloyd George

London, 8. Aug. Kamenev veröffentlicht ein längeres Schreiben, das er am 5. August an Lloyd George richtete. Er mit beglückwünscht die Verhandlungen mit Polen in Erinnerung, daß die polnischen Delegierten nur mit Vollmacht zur Behandlung der militärischen Frage ausgerüstet waren. Nichtsdestoweniger ist es unausbleiblich, daß die Waffenstillstandsverhandlungen gewisse Garantiebefimmungen ausserhalb des rein militärischen einschließen. Die Hilfe, die Polen von Frankreich erhielt, und die von Frankreich ermöglichte Anwesenheit des Generals Wrangel auf dem rechten Frontabschnitt der Polen rechtfertigen unsere Garantieforderungen, damit Polen den Waffenstillstand nicht dazu ausnütze, um die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen. Die Regierung von Moskau behauptet, daß die Friedensverhandlungen mit Polen sowohl im Interesse Rußlands wie auch im Interesse Polens liegen würden.

Millerand und Lloyd George

Paris, 8. Aug. Lloyd George hat mit Millerand in Boulogne eine Unterredung gehabt. In seiner Begleitung befindet sich Marshall Foch.

Paris, 8. Aug. Der Londoner Vertreter des „Matin“ hält die Lage für gebessert. Besonders bemerkenswert sei, daß Kamenev und Krasin sich in der Unterredung bereit gefunden hätten, nach am Abend Lenin das Ergebnis der Verhandlungen zu telegraphieren, das den Entwurf eines Abkommens mit der englischen Regierung enthalte. Die Sowjetvertreter hoffen, am Sonntag vormittag zu der Zusammenkunft Millerands mit Lloyd George die Antwort Moskaus geben zu können.

London, 8. Aug. „Daily Telegraph“ erklärt, Bonar Law werde Lloyd George nach Sythe begleiten. Es bleibe nur schwache Hoffnung, daß Moskau seinen Standpunkt, den es in der letzten Note eingenommen habe, ändern werde. Die entgegenkommende Haltung der Sowjetdelegierten bei der gestrigen Unterredung lasse vermuten, daß es nicht unmöglich sei, die äußersten Maßnahmen zu vermeiden. Aber die antizipierten Schritte verheissen nicht, daß die Ausfälle sehr gering seien. Werden die Bolschewisten ihren Bismarck einlösen? Das sei die Hauptfrage.

Die Besprechung zwischen Millerand und Lloyd George

Paris, 9. Aug. Die Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George, die gestern um 7.15 Uhr begann, hat bis 1.30 Uhr gedauert. Um 2.30 Uhr wurde folgendes Kommuniqué aus englischer Quelle veröffentlicht: Die englische Regierung hat von der Sowjetregierung eine endgültige Antwort auf die Note, die die englische Regierung am Freitag überreichte, nicht erhalten. Inzwischen hat sie Andeutungen über die bolschewistischen Absichten erhalten, und sie lassen voraussetzen, daß diese sich weigert, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Man weiß, daß nach der Konferenz, die Lloyd George, Bonar Law und Lord Curzon am Freitag mit den Hauptdelegierten der Sowjetregierung in London hatte, ein Memorandum nach Moskau geschickt wurde, um eine Waffenruhe für eine Zeit von 10 Tagen an der russisch-polnischen Front zu erhalten unter der Bedingung, daß man beiderseits in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Da die Sowjets sich weigern, die Operationen zu unterbrechen, hat den ganzen Vormittag über ein reger Meinungsaustrausch über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden, der um 1/2 3 Uhr wieder aufgenommen werden soll. — Lord Aldwell, der dieses Kommuniqué dem „Journal“ mitteilte, beendete seine Erklärung mit den Worten: Die Lage ist ernst.

Eine polnische Kundgebung

London, 8. Aug. Die polnische Regierung ließ am Freitag 4.15 Uhr nachmittags folgendes auf den Waffenstillstand bezügliche Radiotelegramm abgehen: Die polnische Regierung hat Kenntnis von dem neuen Vorschlag der Alliierten genommen. Sie wünscht, daß die polnischen Bevollmächtigten unter Benutzung einer Radiostation in Minsk insbesondere mit ihrer Regierung verkehren können, ebenso durch Kurier, und daß ihnen alle für ihre Aufgaben erforderlichen Erleichterungen gewährt werden sollen. Die polnische Regierung glaubt zum mindesten verlangen zu können, daß ein Waffenstillstand abgeschlossen wird, nachdem auf beiden Seiten jede militärische Handlung unterbleiben soll.

Angeblieh ungebrochener Kriegswillen Polens

Stockholm, 8. Aug. Ueber Polens angeblich ungebrochenen Kriegswillen berichtet nach der „Afton“ der soeben in Warschau eingetroffene französische Abgeordnete Lajond auf Grund einer Unterredung, die er in Warschau mit dem polnischen Minister des Aeußeren Dzisinski hatte. Dieser sagte, daß der Waffenstillstand zur Wiederherstellung des polnischen Heeres nötig sei. Das polnische Heer sei nicht vernichtet, aber es müsse sich aus Munitionsmangel zurückziehen. Auf Grund von Zugeständnissen in Oberschlesien und unter dem Druck der Entente erwartet man von Deutschland Waffen und Munition, die auf Grund des Friedensvertrags an die Entente abgeliefert werden müßten. Nach deren Empfang werde sich das Heer rasch erholen. Der Eindruck des Sowjetheeres habe einen starken Zustrom von Freiwilligen und eine gewaltige nationale Bewegung in Polen hervorgerufen. Polen brauche nur Zeit zu gewinnen.

Paris, 8. Aug. Nach einer Zeitungsmeldung aus Neu-York ist man in offiziellen Kreisen Washingtons besorgt über das Schicksal Polens. Die Regierung erklärt jedoch, daß sie ohne den Kongreß nicht handeln könne. Man sucht daher Wilson zu bewegen, den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

Soll doch eine Friedenskonferenz stattfinden?

London, 8. Aug. Der Korrespondent des „Evening Standard“ erklärt, daß die englische Regierung trotz des unbefriedigenden Charakters der russischen Antwort den Vorschlag annehmen werde, wonach in London eine Konferenz abgehalten werden soll, auf der nach Beendigung der direkten Verhandlungen zwischen Moskau und Warschau die Frage des polnischen Friedensabschlusses besprochen werden soll. Deutschland und die Ostländer werden wahrscheinlich auf der Konferenz vertreten sein. Das Blatt bringt diesen Bericht mit dem Vorbehalt, daß die Zustimmung Frankreichs erwartet werde, aber noch nicht erklärt sei.

London, 8. Aug. Die englische Regierung hat eine Note an die Moskauer Regierung gerichtet, in der wegen der Ermordung eines englischen Untertan in Nikolajew durch die Bolschewisten Beschwerde erhoben und Schadenersatz für die Hinterbliebenen beansprucht wird.

Deutsche Note über Schanzmaßnahmen an der Dniareze

Paris, 8. Aug. Beim Obersten Rat ist jetzt eine dritte Note der deutschen Regierung eingetroffen, in welcher mitgeteilt wird, daß sich an der deutsch-polnischen Grenze Schutzwehren gebildet haben, deren Kontrolle die Regierung in die Hand nehmen müsse. Die deutsche Regierung verlangt daher die Genehmigung, Reichwehrruppen nach den Abstimmungsgebieten zu entsenden.

Was werden die französischen Sozialisten tun?

Paris, 8. Aug. Die französische sozialistische Partei gemeinsam mit dem allgemeinen Arbeiterverband hat gestern nach der „Humanitee“ sofortige Maßnahmen beraten, um gegen Unternehmungen aufzutreten, die gegen die Sowjetregierung gerichtet sind.

Die neuesten Meldungen

Paris, 9. Aug. Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ hat die englische Regierung der Sowjetregierung vorgeschlagen, daß die Alliierten darauf verzichten, sich in die polnisch-russischen Friedensverhandlungen einzumischen. Polen werde keine Freiwilligen mehr ausheben und die alliierten Militärmissionen würden nicht mehr intervenieren. Auch würde kein Kriegsmaterial nach Polen geschickt und keine Heere würden in ihren jetzigen Stellungen verbleiben. Das sei in großen Zügen der Plan, der nach Moskau übermittelt werden sei und auf den Lloyd George heute vormittag eine Antwort zu erhalten hoffte.

Paris, 9. Aug. Nach einer Savas-Meldung aus Sythe hat die Sowjetregierung von Moskau die englischen Vorschläge endgültig abgelehnt. Man berichtet, daß die polnischen und die bolschewistischen Delegierten sich am kommenden Mittwoch in Minsk treffen werden, denn es sei vorzuziehen, daß die Bolschewisten und die Polen sich unter sich allein verständigen.

Die Sitzung der Viehpreise

Nachrichtsdrohung des Ministers Hermes
Berlin, 7. Aug. Der fünfte Ausschuß des Reichstags verhandelte über die Fleischbewirtschaftung. Es lag ein Regierungsantrag vor, die Viehpreise herabzusetzen, um den mit großer Festigkeit gestritten wurde. Nachdem Minister Hermes gedroht hatte, er werde von seinem Amt zurücktreten, wenn der Antrag abgelehnt würde, da er die hohen Viehpreise nicht mehr verantworten könne, entsprach der Ausschuß mit 15 gegen 13 Stimmen der Vorlage. Für den Antrag stimmten die 7 Ausschußmitglieder der Sozialdemokratie, die 5 Unabhängigen und vom Zentrum 3 Kommissionsmitglieder, die im Industriegebiet gewählt sind. Die übrigen Zentrumskomitee und die anderen Parteien stimmten gegen die Preisfestsetzung. Das Fund Fleisch soll nach den angestellten Berechnungen um 1.20 M. billiger werden. Die Viehpreise für Lebendgewicht sind antragsgemäß um 40 M. herabgesetzt.

Diese Preisregulierung wird doch nur in den Bezirken wirksam werden können, in denen die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches noch besteht.

Die Reaktion an der Arbeit

Die kontrerevolutionäre Organisation „Dragesch“ — Norddeutsche und bayerische Reaktionen — Das Verhalten der bayerischen Regierung

In einer Sitzung der in Bayern gegründeten Organisation des bayerischen Hauptmanns Eischerich (Telegramm-adresse Dragesch München), die am 12. Juni 1920 (nach den Wahlen) in Berlin stattfand, wurden folgende Richtlinien festgelegt:

I. Durch Besprechung mit Vertretern einer Regierungstelle ist folgendes erreicht und zugestanden:
1. Dragesch ist eine legale Organisation.
2. Die Geldfrage ist vom Staate zu lösen.

Der bekannte Suchtensparagraf ist durch diese Anerkennung seitens der Regierung auf Angehörige der Dragesch nicht anwendbar.

II. Der Aufruf der Dragesch erfolgt durch Eischerich im Benehmen mit der Regierung. Bei Aufruf der Dragesch erklärt die Regierung gleichzeitig den Ausnahmezustand.

Die Dragesch unterstellt sich den militärischen Oberbefehlshabern, solange diese auf dem Boden der Satzungen von Dragesch stehen.

Im Falle lokaler Unruhen wird Dragesch aufgeboden a) durch die Provinzialleiter oder b) durch die Gesamtleitung Eischerich. (Der Bericht unterscheidet drei Phasen von Unruhen, und zwar lokale Unruhen, große lokale Unruhen, großer Brand.)

III. Die Mittel, welche für Dragesch erforderlich sind, werden nach Aufruf von Dragesch vom Staate, und zwar von den Landesfinanzämtern, angewiesen. Bis dahin für die Gesamtvorbereitungen und während ruhiger Zeiten, werden die Mittel für Dragesch aus Privatsammlungen aufgebracht.

IV. Aufgaben der Dragesch:

1. Freimachen der Reichwehrruppen bezw. von Sipo durch Zuführung ziviler Kräfte (lokaler Organisationen).

(Anmerkung d. Red.: Es handelt sich hier um die Aufbietung der stationären Formationen, welche bisher unter den Namen Einwohnerwehren, Stadtwehren usw. bestanden, deren Auflösung und Entwaffnung bislang nicht erfolgte. Diese sollen in ihren Heimorten bezw. deren Umgebung garnisonierte Reichswehr oder Sipo für andere Aufgaben freimachen bezw. im Notfalle verstärken.)

2. Aufstellung beweglicher Formationen.

(Anmerkung d. Red.: Es handelt sich hier um die Neugestaltung der bisher bestehenden Zeittreiwillegenformationen, deren offizielle Auflösung zwar verfügt ist, die sich aber im Besitze von Waffen und Ausrüstungen nach wie vor befinden. Sie sind besonders in Bayern, in Sportklubs usw. zusammengefaßt und ihre militärische Uebung ermöglicht ihre jederzeitige Verwendung als schlagfertige Truppe. Ingedemne Kontrolle über die Loyalität dieser Verbände besitzt die bayerische Regierung nicht, im Gegenteil sind diese ihrer Beaufsichtigung völlig entzogen und niemand als der Herr Eischerich bürgt dafür, auf welche Seite sich diese Truppen im gegebenen Augenblick stellen.)

V. Gliederung der Dragesch.

1. Die Gesamtleitung liegt beim Stabe Eischerich (Berlin-München) welcher die gesamten Vorarbeiten, Verhandlungen und den Aufbau der Dragesch zu leiten hat.

2. Provinzialleitungen. Die Provinzialleitungen werden geführt von je einem Zivil- und einem militärischen Leiter. Die Zivilleiter sind von Eischerich durch Handschlag vereidigt. Die militärische Leitung gliedert sich in vier Befehlsstellen, welche angelehnt sind an die Reichswehrgroupenkommandos und zwar:

1. Befehlsstelle Nord-West (Hannover): Admiral Heintich — Graf v. Lambdorf.

2. Befehlsstelle Nord-Ost (Berlin-Hamburg): v. d. Osten — je 1 Vertreter von Handel und Industrie.

3. Befehlsstelle Hessen (Marburg): Fregattenkapitän von Seldow.

4. Befehlsstelle Süd (München): Hauptmann Eischerich.

Was am 12. Juni in Berlin geplant wurde, das ist im wesentlichen Ende Juli in München beschlossen worden. Die zentralistische Organisation Eischerich ist in der Lage der deutschen und deutsch-österreichischen Einwohnerwehrlöhner geschaffen worden. Es bestehen die Organisationen: Deutschland-Nordost, Deutschland-Süd usw. Die Norddeutschen und Oesterreicher unterstellten sich freiwillig dem Oberbefehl Eischerichs. Gleichsam unter den schützenden Fittichen der bayerischen Regierung kam die Schöpfung Eischerichs zustande.

An der Besprechung in Berlin sollen seinerzeit Regierungsvertreter teilgenommen haben. Das bestreitet das Reichswehrministerium.

Das Reichswehrministerium erklärt nämlich, daß es weder selbst noch durch eine Kommandostelle der Reichswehr in irgend einem Zusammenhang mit diesen Selbstschußorganisationen stehe. Von der preussischen Regierung wird dieselbe Erklärung abgegeben und betont, daß die Oberpräsidenten durch zwei Klasse ausdrücklich angewiesen sind, die nach der Auflösung der Einwohnerwehren gebildeten privaten Selbstschußorganisationen zu überwachen. Die Oberpräsidenten sind haltbar dafür, daß die Organisationen sorgungsgemäß auf dem Boden der Verfassung stehen. Nach Annahme des Gesetzes über die Entwaffnung müssen diese Organisationen alle aus Heeresbeständen stammenden Waffen abliefern. Der Oberpräsident von Hannover, Roßke erläßt eine scharfe Warnung vor dem Aufrücheln

Seite 8.
Verband
7 Uhr
Amalien-
umlung
te fahie
otjuduhtie
4826
cht.
altung.
zihter.
IS=
umum
ung
oduten
8. August
einer Klee.
0 Pfg.
leitung.
ger
en
r. 140.
ng!
bin ich
je
mk.
25 M.
22. Ed.
undschalt.
schäft
he 31.
EN
stellung
gältiger
sten.
ANN.
fer
ine
2502
ne
ein
rie
er
le
m.

Selbstschußsystem und droht gegebenenfalls mit strafrechtlichem Einschreiten.

Bayern aber beschützt seinen Esherrich! Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr hat am 3. August einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ sehr mangelhafte und direkt falsche Aufschlüsse über die „Organisation Esherrich“ gegeben.

Ueber die Zusammenkunft der „Heimwehrführer“ in München ist geüffentlich lange Zeit Stillschweigen beobachtet worden. Die Veranstalter wußten genau, weshalb ihre Abmachungen und ihre Reden die Öffentlichkeit zu scheuen hatten; denn sie organisierten eine zentralistische Organisation, die unter anderem folgende Sektionen umspannte: Deutschland-Nordost, Deutschland-Südost, Deutsch-Oesterreich usw.

Die oben erwähnte Stellungnahme der preußischen Regierung gegen die „Dragesch“ wird offiziell wie folgt mitgeteilt:

Dem preußischen Ministerium des Innern sind die Bemerkungen des bayerischen Vertrags Dr. Esherrich, auch in Preußen Selbstschutzorganisationen nach seinem bayerischen Muster zu schaffen, seit langer Zeit bekannt.

In der „Vossischen Zeitung“ erklärt Herr Esherrich, daß diese Organisation keine Geheimorganisation sei. Das Ziel seiner Organisation sei die Bekämpfung des Bolschewismus in jeder Form.

Nach dieser Desavouierung durch Preußen und durch das Reich können nur bayerische Regierungsstellen in Betracht kommen, die Herrn Esherrich die gefestigte und finanzielle Unterstützung seiner Pläne zugesichert haben.

Diese „Dragesch“ ist eine Organisation, die sich letzten Endes nur gegen die Arbeiterklasse richtet. Die bayerische Arbeiterklasse soll durch einen weißen Terror, genau so wie in Ungarn, und der Brenner draußen am Stadende hatte dort gute Kunde.

niedergehalten und niedergeknüpelt werden. Und von Bayern und schließlich auch von Preußen und anderen reaktionären Domänen aus soll dann die Konterrevolution über ganz Deutschland getragen werden.

Politische Uebersicht

Die Amnestie und ihre Lücken

Die Amnestievorlage, die vom Reichstag mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen genehmigt worden ist, stellt einen Kompromiß dar, in dem sich der Charakter des Parlaments in der gegenwärtigen politischen Lage verortet.

Wenn in solchen Stunden verzweifelte und oft irrez geleitete Menschen zur Selbstwehr griffen, wenn sie in falschem Glauben an die Gewalt, die man sie belehrt hatte, eine bessere Gesellschaftsordnung schaffen wollten, und auch die republikanischen Regierungen leider mit Gewalt dagegen einschreiten mußten, um den Staat zu erhalten und damit das Volk vor einem noch größeren Elend zu bewahren, jetzt, nachdem wieder Ruhe in Deutschland herrscht, und die Opposition von links friedlich und urteilsfähiger geworden ist, wer wollte die Menschen noch länger in den Gefängnissen lassen, die fast alle ein Opfer ihrer Verhältnisse geworden sind; ganz abgesehen von den Tausenden, die im Strafgebiet verurteilt wurden, und teils noch in Untersuchung sitzen, weil sie gegen Kappellen und übermäßige Lieferpflichtige Genetze die Republik verteidigen wollten.

Ungarn — das Paradies der deutschen Reaktionäre Ueber die Vorgänge in Ungarn berichtet Herr Ledere dem „Berliner Tageblatt“:

Ungarn ist ein Paradies für die deutschen Reaktionäre. Ueber die Vorgänge in Ungarn berichtet Herr Ledere dem „Berliner Tageblatt“:

Ungarn ist ein Paradies für die deutschen Reaktionäre. Ueber die Vorgänge in Ungarn berichtet Herr Ledere dem „Berliner Tageblatt“:

Ungarn ist ein Paradies für die deutschen Reaktionäre. Ueber die Vorgänge in Ungarn berichtet Herr Ledere dem „Berliner Tageblatt“:

Das, geschmückt mit der Fahnenfeder der wieder „königlich ungarischen Armee“ Arbeiter und Juden tot. An den Grenzen des Reiches sammeln andere Terroroffiziere eine österreichische, kroatische und slowakische Legion zu Hunderten in fremdes Land, und jeden Tag können diese grüßlichwahnsinnig gewordenen Schmeicheleien, des Hunnenkönigs, den Brand eines neuen furchtbaren Krieges im ganzen Donauraum entfachen.

Es wäre vollkommen verfehlt, diesen Gedanken der geschlagenen Kriegsverbrecher von 1914 achselzuckend zu belächeln. Dazu ist keine militärische Durchführung viel zu gründlich vorbereitet, dazu ist er innenpolitisch, vor allem aber außenpolitisch viel zu gründlich fundiert.

Es ist nur begreiflich, daß unter diesen Umständen das offizielle Ungarn sich heute gleichfalls wieder mehr der französischen Politik zuwenden beginnt, zumal die französischen Militärs das reaktionäre Ungarn auch als Kraftquelle im Kampf gegen den russischen Bolschewismus schätzen.

Es ist nur begreiflich, daß unter diesen Umständen das offizielle Ungarn sich heute gleichfalls wieder mehr der französischen Politik zuwenden beginnt, zumal die französischen Militärs das reaktionäre Ungarn auch als Kraftquelle im Kampf gegen den russischen Bolschewismus schätzen.

Das Entwaffnungsgesetz Kein Zweifel, daß in den nächsten Tagen der ganze unabhängige Blätterwald wiederhallen wird von wildem Geschrei gegen die Wehrrechtssozialisten, die diesem „Ausnahmengesetz“, dieser „Justizhausverleumdung“, ihre Zustimmung gegeben haben!

Das Entwaffnungsgesetz Kein Zweifel, daß in den nächsten Tagen der ganze unabhängige Blätterwald wiederhallen wird von wildem Geschrei gegen die Wehrrechtssozialisten, die diesem „Ausnahmengesetz“, dieser „Justizhausverleumdung“, ihre Zustimmung gegeben haben!

Hans und Heinz Kirch

Novelle von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

Er hatte das nicht gesehen; Hans Adam bis die Jähr aufeinander: dreißig Schillinge; warum denn auch nicht die noch zum Verlust geschrieben! Aber — die Bagatelle, die wars ja nicht; nein — was dahinter stand! Was hatte doch der Pastor neulich hingeredet? Er würde nicht mit leeren Händen kommen! Nicht mit leeren Händen! — Hans Adam lachte grimmig in sich hinein. — Nicht mal das Porto hatte er gehabt! Und der, der sollte im Magistrat den Sitz erobern, der für ihn, den Vater sich zu hoch erwiesen hatte!

Der Brief war dem erschrockenen Boten vor die Füße geschleudert. „Nimm“, schrie er, „ich kauf ihn nicht; der ist für mich zu teuer!“ Und Hans Kirch griff zur Feder und blätterte in seinen Kontobüchern.

Als er seinen Weg nach dem Südbende der Stadt fortsetzte, kam Wieb eben von dort zurück; sie hatte in einer Brennerlei, welche hier das letzte Haus bildete, eine Bestellung ausgerichtet. Ihre Mutter war nach dem plötzlichen Tode „ihres Mannes zur See“ in aller Form Rechts die Frau „ihres Mannes auf dem Lande“ geworden und hatte mit diesem eine Matrosenschenke am Hafenufer errichtet.

Als er seinen Weg nach dem Südbende der Stadt fortsetzte, kam Wieb eben von dort zurück; sie hatte in einer Brennerlei, welche hier das letzte Haus bildete, eine Bestellung ausgerichtet. Ihre Mutter war nach dem plötzlichen Tode „ihres Mannes zur See“ in aller Form Rechts die Frau „ihres Mannes auf dem Lande“ geworden und hatte mit diesem eine Matrosenschenke am Hafenufer errichtet.

Als Wieb sich dem alten Postboten näherte, bemerkte sie sogleich, daß er jetzt recht mürrisch vor sich hinsah; und dann — er hatte ja den Brief von Heinz noch immer in der Hand. „Marten!“ rief sie — sie hätte es nicht lassen können — „der Brief, hast du ihn noch? War denn dein Vater nicht zu Hause?“

Marten machte ein grimmes Gesicht. „Nein, Kind, dein Vater war wohl nicht zu Hause; der alte Hans Kirch war da; aber für den war der Brief zu teuer.“

Die blauen Mädchenaugen blickten ihn erschrocken an. „Zu teuer, Marten?“ — „Ja, ja; was meinst du; unter dreißig Schillingen war er nicht zu haben.“

Nach diesen Worten steckte Marten den Brief in seine Lebertasche und trat mit einem anderen, den er gleichzeitig herangezogen hatte, in das nächste Haus.

Wieb blieb auf der Gasse stehen. Einen Augenblick noch sah sie auf die Tür, die sich hinter dem alten Mann geschlossen hatte; dann, als kam ihr plötzlich ein Gedanke, griff sie in ihre Tasche und klemmte darin als wie mit kleiner Silbermünze. Ja, Wieb hatte wirklich Geld in ihrer Tasche; sie zahlte es sogar, und es war eine ganze Handvoll, die sie schon am Vormittage hinter dem Schenkstisch eingenommen hatte. Zwar, es gehörte nicht ihr, das wußte sie recht wohl; aber was kümmerte sie das, und mochte ihre Mutter sie doch immer dafür schlagen! „Marten!“ sagte sie halbt, als dieser jetzt wieder aus dem Hause trat, und strackte eine Handvoll kleiner Münze ihm entgegen, „da ist das Geld, Marten; gib mir den Brief!“

Marten sah sie voll Verwunderung an. „Gib ihn doch!“ drängte sie. „Hier sind ja keine dreißig Schillinge!“ Und als der Alte den Kopf schüttelte, sagte sie mit der freien Hand an seine Tasche: „O, bitte, bitte, lieber Marten, ich will hin ja nur einmal zusammen mit deiner Mutter lesen.“

„Kind“, sagte er, indem er ihre Hand ergriff und ihr freundlich in ihre angstvollen Augen blickte, „wenns nach mir ginge, so wollten wir den Handel machen; aber selbst der Postmeister darf dir keinen Brief verkaufen.“ Er wandte sich von ihr ab und schritt auf seinem Botenwege weiter.

Aber sie lief ihm nach, sie hing sich an seinen Arm, ihr einfältiger Mund hatte die holdsten Wit- und Schmeichelworte für den alten Marten und ihr Kopf die allerblindesten Einfälle; nur leihen sollte er ihr zum mindesten den Brief; er sollte ihn ja noch heute abend wieder haben.

Der alte Marten geriet in große Bedrängnis mit seinem weichen Gesirg; aber ihm blieb zuletzt nichts übrig, er mußte das Kind genacktem von sich stoßen.

Da blieb sie zurück; mit der Hand fuhr sie an die Stirn unter ihr goldblondes Haar, als ob sie sich besinnen müßte; da an ließ sie das Geld in ihre Tasche fallen und ging langsam dem Hofenplatz zu. Der den Weg entgegengang, sah ihr verwundert nach; denn sie hatte die Hände auf die Brust gepreßt und schluchzte überlaut.

Seitdem waren fünfzehn Jahre hingegangen. Die kleine Stadt erschien fast unverändert; nur daß für einen jungen Kaufmann aus den alten Familien am Markt ein neues Haus erbaut war, das Telegraphendrähte durch die Gassen liefen und auf dem Posthausdache jetzt mit goldenen Buchstaben „Kaiserliche Reichspost“ zu lesen war; wie immer rollte die See ihre Wogen an den Strand, und wenn der Nordwest vom Nordost geblasen wurde, so schüttelte das Hochwasser an die Mauern der Brennerlei, die auch jetzt noch in der ritzigen Rote- und beste Kundschaf hatte; aber das Herz der Eltern im Lager noch manche Mühsal hinter den Hügelzug, sogar nach dem Bittermeierstuhle sah trotz der neuen Segnungen noch im guten alten Stile ein studierter Mann, und der Magistrat behauptete sein altes Ansehen, wenngleich die Senatoren jetzt in „Stadträte“ und die Deputierten in „Stadtverordnete“ vermandelt waren; die Abschaffung der Bürgerrolle als eines alten Jobbes war in der Stadtverordneten-Versammlung von einem jungen Mitgliede zwar in Vorschlag gebracht worden, aber zwei alte Herren hatten ihr das Wort geredet: die Glocke hatte sie in ihrer Jugend vor manchem buntem Streich nach Haus getrieben; weshalb sollte jetzt das junge Volk und das Gefinde nicht in gleicher Lust gehalten werden? Und nach wie vor, wenn es zehn vom Turm geschlagen hatte, kimmelte die kleine Glocke hinterdrein und schreckte die Würden auseinander, welche auf dem Markt am Brunnen schwaigten.

(Fortsetzung folgt.)

Eine neue Kampfanfrage Roms gegen den Sozialismus

Das Motu proprio des Papstes

In einem Artikel unter dieser Ueberschrift schreibt Genosse Dr. Kraus in unjerm Heidelberg-Parteiorgan:

Der „Servatore Romano“ veröffentlicht ein Motu proprio des Papstes, worin angeordnet wird, daß anläßlich des 50. Jahrestages der Ausrufung des Heiligen Joseph zum Schutzheiligen der katholischen Kirche in der ganzen Welt feierliche Zeremonien veranstaltet werden sollen. Das Motu proprio weist auf die Gefahren und die Verwüstungen hin, die weit schlimmer als die des Krieges, der Welt durch jene Lehren drohen, welche die Menschen allein zur Eroberung materieller Güter antrieben, die Massen der bürgerlichen Gesellschaft gegeneinander setzten und so Anarchie und Unheil unter den Menschen hervorriefen. Der Papst verurteilt das Nachlassen der Sittlichkeit und fordert die Christen auf, für den Kult des Kirchenpatrons Sankt Joseph zu wirken und die Arbeiter unter seinen Schutz und Schirm zu stellen, damit sie vor den schweren Gefahren des Sozialismus bewahrt werden, der der größte Feind der christlichen Lehre sei. Der Papst fordert die Gläubigen auf, die Bereicherung der heiligen Familie zu verbreiten, deren Oberhaupt der heilige Joseph sei; denn die Familie sei die Grundlage der menschlichen Gesellschaft.

Kennt man in Rom die Grundlagen und Ziele des Sozialismus nicht oder will man auf neue dokumentieren, daß die Kirche sich schützend vor das Interesse des Kapitals, der kapitalistischen Klassengesellschaft gegen die Arbeiterklasse stellt? So muß man sich fragen, wenn man den neuesten Erlass des Papstes zu Gesicht bekommt! Ausgerechnet in dem Moment, wo seit zwei Jahren in Deutschland Zentrum und Sozialdemokratie Schulter an Schulter gemeinsame Sozialpolitik getrieben haben, wo Kirche und Sozialisten in der verschiedensten Weise sich zu nähern begonnen haben, wo die gesamte Arbeiterklasse, christliche wie sozialistische, den gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der Entente führt — ausgerechnet in diesem Moment sagt der Papst dem Sozialismus als dem größten Feind der christlichen Lehre den Kampf an.

Welches sind denn die schweren Gefahren des Sozialismus, vor denen der Kult des heiligen Joseph die Arbeiter bewahren soll? Nun, der Papst gibt ja selbst die Antwort: Der Sozialismus treibe die Menschen allein zur Eroberung materieller Güter an, er stelle die Massen der bürgerlichen Gesellschaft gegeneinander und rufe so Anarchie und Unheil unter den Menschen hervor. Man sieht sich an den Kopf, wenn man solche Sätze lesen muß vom Haupte der christlichen Kirche. Weiß denn der Papst nichts von den kulturellen Zielen und Arbeiten des So-

zialismus und davon, daß die Sozialdemokratie die materielle Hebung des Proletariats nur erstrebt, weil das die notwendige Grundlage für ein höheres, menschenwürdigeres Dasein ist? Und was die Gegeneinanderstellung des Papstes anbelangt: ja, wer hat denn die Klassengesellschaft geschaffen, wer hat Bauern und Handwerker expropriert und zu industriellen Lohnsklaven gemacht, wer hat Frauen und Kinder aus der Familie in die Fabriken getrieben? Doch nicht etwa der Sozialismus, sondern die kapitalistische Entwicklung. Ist es vielleicht christlich, daß die Schätze der Erde heute Eigentum einzelner sind, für deren Profit Millionen im Schweiße ihres Angesichts arbeiten müssen? Dagegen kämpft der Sozialismus; anstelle der ausbeutenden Klassengesellschaft will er die klassenlose Gemeinschaft aller setzen, und wir Sozialisten bilden uns ein, daß dieser unser Kampf christlicher ist, als der Kampf, den der Papst von Rom dem Sozialismus ansagt.

Und wie steht es mit dem Niedergang der Sittlichkeit? Nicht wir Sozialisten haben Liebe, Ehe und Familie untergraben, haben den Krieg mit all seiner Demoralisation verursacht, sondern wieder ist an all dem schuld der profitgierige Kapitalismus, den wir als unseren Todfeind bekämpfen!

Und in diesem Kampf fällt uns der Papst in den Rücken! Hat vielleicht das zweitausendjährige Christentum die Kriege zu verhindern vermocht, hat nicht vielmehr die Internationale der Kirche gerade in diesem Weltkrieg völlig versagt? ...

Die Religion soll dazu mißbraucht werden, die ungerechten Klassen-, Standes- und Besitzunterschiede der kapitalistischen Gesellschaft zu rechtfertigen, dem Kampf der Arbeiterklasse um gerechte Gemeinwirtschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen und den katholischen Fürsten und Baronen und schwerindustriellen Kapitalmagnaten ihren Besitz zu erhalten.

Wir müssen schon sagen: der Papst hat sich mit dieser Kampfanfrage dem Christentum und insbesondere der Kirche einen recht schlechten Dienst erwiesen. ... Keine heilige Mahnung und keine noch so fetsungsvolle Predigt wird das Proletariat davon abhalten, seine geschichtliche Mission zu erfüllen und den Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutensystem bis zum Siege der sozialistischen Gemeinwirtschaft durchzuführen. Die neu erwachende internationale Kampfkraft der Arbeiterklasse, die gerade jetzt auf dem internationalen Bergarbeiterkongress sich so mächtig zu organisieren beginnt, wird eine festeren Garantie des Friedens für alle Zukunft bilden, als der Mißbrauch, der von den Trägern der kirchlichen Gewalt während des Krieges von den Kanzeln herab mit Religion und Evangelium getrieben worden ist.

Wir behauern den Kulturkampf, den der Papst damit aufs Neue heraufbeschworen hat; aber wir werden ihm nicht ausweichen!

Sandgranaten sein, aber das grobe Geschütz, die Maschinen-gewehre, die Flammenwerfer und die Minenwerfer, die sind nicht in Arbeiterhänden, die sind im Besitz yammerger Mittergutsbesitzer und nationalsozialistischer Offiziere. Das Ent-waffnungsgesetz kämpft also mit zwei Fronten, gegen links und gegen rechts, und umso mehr gegen rechts, je härter der Feind auf der Rechten ist. Darin freilich haben die Unabhängigen durchaus recht, daß das Gesetz wenn es auch kein Ausnahmegeresetz ist, durch seine Anwendung zu einem Ausnahmegeresetz werden könnte. Aber sie haben nichts gegen diese Gefahr getan, vielmehr hier, wie sonst, sich auf die agitatorische Geste der Ablehnung des Gesetzes nur deshalb beschränken können, weil die mehrheitssozialistische Fraktion inzwischen dafür gesorgt hatte, dem der Zustimmung einer Mehrheit sicheren Gesetz eine weniger gefährliche Fassung zu geben. Nur durch die hartnäckigen Bemühungen der Sozialdemokraten erhielt die Bestimmung eine Mehrheit, daß der Reichsentwaffnungskommissar, den der Entwurf sich als einen Diktator gedacht hatte, für seine Ausführungs-Verordnungen an die Zustimmung eines Reichstagsausschusses gebunden sein werden. Nur dem unausgesprochenen Drängen der Sozialdemokraten ist es zu danken, daß durch die Reichstagsmehrheit der im Entwurf ausgesprochene Gedanke aufgegeben wurde neben Reichswehr und Sicherheitspolizei noch besondere waffentragende Freiwilligenorganisationen für die Durchführung der Entwaffnung zu bilden, die den Einwohnerwehren, Selbstwehren oder Sicherungs-Organisationen zweifellos recht ähnlich gesehen und bedeutet hätten, daß die Entwaffnung sich zu einem Bürgerkrieg bewaffneter Bevölkerungsteile gegen andere bewaffnete Bevölkerungsteile auszuweiten würde; nach ausdrücklicher Bestimmung des Gesetzes behält außer der Reichswehr und der Sicherheitspolizei niemand seine Waffen. Unsere Erklärungen über diese unsere Hauptforderungen haben seitweise einem Ultimatum verzweifelt ähnlich. Nur dadurch, daß wir den Innenminister Koch und die Regierungsparteien unabweislich vor die Entscheidung stellten bei Ablehnung unserer Forderungen das Gesetz durch eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die gesamte Arbeiterklasse beschließen zu lassen konnten wir die Regierungsparteien nötigen sich unsere Forderungen größtenteils wörtlich zu eigen zu machen.

Gegen das so verbesserte Gesetz Einspruch zu erheben hatten wir keinen Anlaß mehr. Denn eine nach rechts und links unparteiliche Entwaffnung ist eine dringende Notwendigkeit für jeden, der die Periode revolutionärer oder gegenrevolutionärer Gewalttät an unserem schwer genug geprüften Volke endlich beendet wünscht, für jeden, der die in Versailles und Spa übernommenen Pflichten nicht für einen Felsen Papier hält.

Reisengewinne und Wirtschaftskrise

Wie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der deutschen Republik von gewissenlosen Banken und Industrieunternehmen zum Nachteil des ganzen Volkes ausgenutzt wird, daß selbst Wänter wie die „Frankfurter Zeitung“ dieses Ausbeutertum als eine krankhafte Spekulationswut bezeichnen, können unsere Leser aus den nachstehenden Ausführungen ersehen. So beträgt z. B. bei der Dresdener Bank der Gesamtumsatz auf der einen Seite des Hauptbuches nicht weniger als 899,8 Milliarden gegen 192,7 Milliarden im Jahre 1918. Trotz der vermehrten Betriebskosten konnten die meisten Banken ihre Dividenden erhöhen; die Dresdener Bank von 7 auf 9, die Darmstädter von 6 auf 8, die Diskontogesellschaft von 9 auf 10 Prozent.

Der Rohgewinn belief sich bei der Deutschen, Dresdener, Darmstädter Bank und der Diskontogesellschaft zusammen auf nicht weniger als 662,6 Millionen Mark gegen 318,1 Millionen im Vorjahre. Dieser Vermehrung der Einnahmen steht eine sehr erhebliche Steigerung der Ausgaben gegenüber. Trotzdem verbleibt ein beispiellos hoher Reingewinn: 186,3 Millionen Mark gegenüber 119,2 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Verteilung dieser ungeheuren Ueberschüsse im einzelnen zu prüfen, ist nicht ohne Interesse. Der Löwenanteil mit 100,2 Millionen Mark (1918: 88,7 Millionen Mark) fällt natürlich in Form von Dividenden den Aktionären anheim. Ferner sind an Kantien für Aufsichtsrat und Verwaltung 21,6 Mill. Mark (1918: 17,4 Millionen Mark) ausgeworfen. Bei der Diskontogesellschaft entfallen auf „Gewinnbeteiligung“ 5,9 Mill. Mark, auf „Pensionskasse“ 1,4 Millionen. Die Deutsche Bank dotiert einen neu errichteten „Zubehörsfonds“, mit 5 Mill. Mark und überweist ebenfalls der freien Kasse, wodurch das Einlagekapital dieser Bank auf 510 Mill. Mark anwächst. An Gratifikationen für die Angestellten sind diesmal 9 Mill. Mark ausgesetzt (im Vorjahre 4 1/2 Mill. Mark; damals wurde aber den Angestellten außerdem noch eine „besondere Beihilfe“ von 9 Mill. Mark gewährt).

Nicht nur die Banken leisten in der Anbahnung und Aus-schüttung an ihre neubelebenden Aktionäre Erdenflüsse, sondern auch Industrieunternehmen, deren Erzeugnisse direkt an die Konsumenten gelangen und an deren Ausbeutung hervorragenden Anteil haben. So z. B. die Zuckerfabrik Glauzig verteilt bei 1920 nahezu verdoppeltem Aktienkapital und bei dem gleichen Reingewinn wie im Vorjahre 25 Prozent (Vorjahr 18 Proz.) Dividende. Hören wir, wie die Fabrik dies erklärt: eine befriedigende Ernte, eine sehr gute Zuckerausbeute und eine günstige Verwertung aller Produkte.

Die Kohlglashüttenwerke Ernst Witter Akt.-Ges. in Unter-neubrunn verteilen 40 Prozent. Die Gesellschaft hat übrigens schon früher gut verdient, so 1917: 40 Prozent. — Die von Bonnet Glasbläserwerke A.-G. in Friedrichshain verteilen 30 Prozent (i. V. 20 Proz.). — Noch einige Fabriken aus der Textilbranche. Es braucht niemandem ins Gedächtnis zurück-gerufen zu werden, wie schwer es heute für die meisten Menschen ist, sich einen Anzug, sich auch nur ein Hemd zu kaufen. Die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei verteilt 12 (Vorjahr 10) Prozent Dividende. Die Wera, Greizer Kammgarnspinnerei gewährt auf je eine alte Aktie (in besonderer Form, die an der Sache nichts ändert) 1 1/2 Gratsaktien; also das eineinhalbfache Aktienkapital! — Die Tüll- und Gardinen-weberei A.-G. in Plauen beantragt 20 (Vorjahr 15) Prozent Dividende und mindestens Verdoppelung des 1,8 Millionen Mark betragenden Kapitals.

„Von Kolb bis Trunk“

Eine unabhängige Schändung eines Toten

Gen. A. Weichmann schreibt uns: In ihrem widerlichen Bestreben, der verhassten Mehrheitssozialdemokratie und ihren Führern um jeden Preis einen anzuhängen, schreibt die „Soz. Republik“ nicht davor zurück, den verstorbenen Gen. Kolb noch im Grabe zu schänden. Sie bringt in ihrer Samstagnummer einen Leitartikel, der von dem politischen Redakteur G. P. (Hermann Polad) gezeichnet ist und unerschämte Angriffe auf die Genossen Weiß und Kemmle, aber auch auf den verstorbenen Gen. Kolb enthält. Weiß und Kemmle können und werden sich selbst verteidigen, aber die Schändung des toten Kolb muß im „Volksfreund“ aus härtester Zurückgeblieben werden. Polad gibt seinem Hebertitel die Ueberschrift: Von Kolb

bis Trunk und wagt es, von dem verbrecherischen Geist von Kolb zu sprechen. Durch ihn sei Baden die Hochburg des Sozialismus und Revisionismus geworden. Die verhängnisvolle Handlung von Kolb sei die Gründung des badischen Grobblöds gewesen. Deshalb habe man jetzt auch ein Zentrumsministerium als Frucht des Sozialismus (übrigens ein neues, aber kein jöhnes Wort!) und des Grobblödsgeistes und was dergleichen un-sinnige und durchaus unzutreffende Behauptungen sind.

Der Redakteur, der diese politische Weisheit über die Tat-sache der badischen Sozialdemokratie in seinem Blatte ver-publiziert, ist nach kein halbes Jahr in Baden, kennt weder die badischen Par-teienverhältnisse noch ihre historische Entwicklung und weiß von dem Werdegang der badischen Sozialdemokratie soviel oder so wenig, wie viele andere Genossen, die außerhalb Badens wohnen. Er macht sich das Urteil über eine Tat, die, einfach eine Notwendigkeit war, weil sonst die badische Sozialdemokratie in ihrer gabelmächtigen Schwäche bei dem harten Kampfe zwischen Zentrum und Nationalliberalen ausgegallt und einflußlos ge-blieben wäre. Das hätte schlimme Auswirkungen auf den Aus-gang der Wahlen und auf die gewerkschaftliche Bewegung der badischen Arbeiterklasse gehabt. Diese hat — und das ist ein Verdienst Wilh. Kolbs — frühzeitig erkannt, daß mit Resolu-tionen und Kraftworten, mit Heulen und großen Sprüchen noch kein einziges Parlamentarismandat, kein Pfennig Lohn und keine Viertelstunde verlängerte Arbeit erlangt ist. Deswegen ist sie den Weg des „Sozialismus“ gegangen u. hat es bis heute nicht zu bereuen gehabt, weil im anderen Falle die Macht des Zentrums noch eine viel größere geworden wäre, als sie es heute ist. Wenn deshalb in diesem Zusammenhang der Redakteur Polad von dem verbrecherischen Geist Kolbs spricht, so beweist er mit dieser Charakterisierung der kolbischen Politik ein hohes Maß von journalistischer Reichfertigkeit und von politischer An-machung, das schwerlich überboten werden kann. Was weiß er denn überhaupt von dem verstorbenen Kolb, seinem Leben und Wirken? Hat er je eine kolbische Landtagsrede gelesen, je eine Volksfreundartikel von Kolb zu Gesicht bekommen oder je eine Broschüre Kolbs zur Hand genommen? Wenn: Nein! dann ist es um so unverantwortlicher, einen der ersten politischen Vor-kämpfer der badischen Sozialdemokratie in dieser ungenozogenen Art und Weise zu schänden. Was hat er denn bisher für die badische Arbeiterklasse geleistet, auf welchem Gebiete liegen denn seine Verdienste um die politische Emanzipierung und ökonomische Befreiung der badischen Arbeiterklasse? Polad wird sicherlich in Verlegenheit sein, wenn er auf diese Frage eine halbwegs befriedigende Antwort erteilen soll. Möchte Kolbs poli-tische Tat und Methode im einzelnen angegriffen werden, auch das habe sie nicht reißlos gebilligt, aber darüber herrsche nicht eine Meinungsverschiedenheit, daß er sowohl auf dem Karlsruher Marksaße, wie im badischen Landtage für die Arbeiterklasse an politischen und wirtschaftlichen Forderungen herausklotzte, was unter den obwaltenden Umständen nur herausgeholt werden konnte. Dieser Lebensaufgabe oblag er mehr als 25 Jahre, ge-schäftig und geachtet von seinen Anhängern, aber auch von seinen Gegnern; ihn zwei Jahre nach dem leider viel zu früh erfolg-ten Tode journalistisch zu schänden und seiner Lehre den Stempel des politischen Verbrechertums aufzudrücken, das bedeutet ein solches Maß von Verachtung des parteipolitischen Kampfes, daß dagegen mit allem Nachdruck Einspruch erhoben werden muß. Was Polad sonst noch über die Umgestaltung der Regierung und über den angeblichen Verrat der Revolutionärsgruppen durch Mehrheitssozialdemokraten schreibt, ist so törichtes und poli-tisch untreues Geschwätz, daß darüber nicht geredet zu werden braucht.

Badische Politik

Die Reichstagswahlen und die badische Landespolitik

Herr Dr. Ernst Lins, Mannheim, verfenet an die Zeitungen einen Artikel, in dem er den Vorschlag macht, jeweils die Landtags- und Reichstagswahlen gleichzeitig stattfinden zu lassen. Er begründet seinen Vorschlag damit, daß die gegenwärtige Zusammenziehung des Landtags gemessen an dem Ausfall der Reichstagswahlen materiell nicht mehr dem derzeitigen Volkswillen entspreche. Trotz der unsinnigen Stim-mungswahlen am 6. Juni sei allerdings die bisherige Koalitions-

mehrheit immer noch in der starken Mehrheit. Die die Demo-kratie verwerfen, hätten kein Recht, sich von ihrem Standpunkt aus zu entziehen. Denn um sich zu entziehen, müßten sie sich auf den Boden der Demokratie stellen. Gleichviel sei es im demokratischen Staate ein nicht zu billiger Zustand, daß ganze Parteien, die das letzte Mal, als gewählt wurde, eine beachtlich große Stimmengahl auf ihre Listen vereinigten, im Landtag gänzlich untertreten sind, wie die Deutsch-Liberalen und die Un-abhängigen, obwohl bei Neuwahlen diese Parteien nicht mehr entsprechend gut abschneiden würden. Um dieses Uebel zu be-seitigen, sei zu wünschen, daß künftig jeweils beide Wahlen — zum Reichstag und Landtag — gleichzeitig stattfinden. Den Einwand, daß dann bei Auflosung des Reichstags jeweils auch der Landtag beimgegriffen werden müsse, erkennt Herr Dr. Lins an, er meint aber, daß eben dann auch für einen neuen Land-tag Wahlen stattfinden müßten.

Wir meinen, so einfach liegen die Dinge doch nicht, wie Herr Dr. Lins sie sich vorstellt. Schematisch läßt sich u. E. unmöglich festlegen, daß Reichs- und Landeswahlen am gleichen Tage statt-finden. Auf der einen Seite sind die Fragen der Landespolitik zu allermeist grundsätzlicher von jenen der Reichspolitik, sie sind heute auch weit mehr wie früher von viel untergeordneter Bedeutung und Wichtigkeit wie jene des Reiches. Wir halten es deshalb wirklich nicht für nötig, jeweils den Wahlkampf auch um die Landespolitik entwirren zu lassen, erst recht nicht, wenn hierzu gar kein Anlaß vorliegt. Auch bei Verknüpfung beider Wahlen sind die Kosten für die Landtagswahl noch recht beträchtlich; nach dieser Seite wären die Ersparnisse nicht allzu groß. In Konsequenz der Forderung von Herrn Dr. Lins läge auch, daß im ganzen Reiche zur gleichen Zeit auch Kom-munalwahlen stattfänden, was wiederum der Sozialdemokratie in demokratischer, höchster Reinheit erträglich.

Die Verfassung hat ein Ventil geschaffen, mit dessen Hilfe das Volk es jederzeit in der Hand hat, seinen Willen gegenüber dem seiner gewählten Vertretung kundzutun: das Volks-referendum. Wir haben den Unabhängigen, die nach den diesjährigen Wahlen ein so heißes Verlangen trugen, auch Ver-tretere in den Landtag zu bekommen, auf diese Möglichkeit hin-gewiesen. Die Trauben hangen nun aber zu hoch.

Es läßt sich also wohl über den Vorschlag von Herrn Dr. Lins diskutieren; wir unferreilich glauben, daß es vor allem nicht angängig ist, die Forderung auf jeweilige gleichzeitige Ver-tägung der Wahlen zum Landtag und Reichstag in der Verfassung festzulegen. Die Möglichkeit, die Wahlen ge-meinsam vorzunehmen, ist dennoch gegeben; sollten zufällig in einem Jahre oder innerhalb eines kurzen Zeitraums die Wahlen zu beiden Parlamenten fällig sein, so besteht immer die Mög-lichkeit, die Termine auf einen Tag zusammenzulegen. Aber ganz all. läßt sich dies u. E. nicht bestimmen.

Die Eisenbahn-Generaldirektion teilt mit: Die Reichsregie-rung hat im Hinblick auf die Neutralität Deutschlands in dem Kriege zwischen Polen und Rußland durch Verordnung vom 25. Juli 1920 die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegs-bedarfs verboten.

Durch Verordnung vom 30. Juli 1920 hat die Reichsregie-rung dieses Verbot ergänzt und darin die Artikel des Kriegs-bedarfs, deren Aus- und Durchfuhr nach Polen und Rußland verboten ist, einzeln aufgeführt.

Diese beiden Reichsverordnungen muß die Eisenbahnver-waltung selbstverständlich genau einhalten. Welche Gegenstände unter dieses Verbot fallen, wird im Anschluß an die beiden Reichsverordnungen im Beisein von Vertretern der in Ver-tracht kommenden Eisenbahnerorganisationen geprüft.

Die Eisenbahnverwaltung wird streng darauf halten, daß keine neutralitätswidrigen Sendungen aus- oder durchgeführt werden.

Tagung des badischen Lehrervereins. Am 2. Tag der Ver-treterversammlung des Bad. Lehrervereins wurde eingehend der neue Lehrplan für die Volksschulen besprochen. Es wurde dabei ausgeführt, daß der jetzt altende Lehr-

plan durch die Mischung von Lehr-, Erziehungs- und Stoffgehalt in Verbindung mit methodischen Anweisungen veraltet ist. Von dem erziehungswissenschaftlichen Ausschuss des Vereins war ein Rahmenplan ausgearbeitet worden, der nur allgemeine Richtlinien für die Lehr- und Erziehungsziele enthält. Die Stoffauswahl im einzelnen soll nach heimatlichen Gesichtspunkten geschehen und daher für die verschiedenen geographischen Landesteile verschieden ausfallen. Die Auswahl soll durch die betr. Lehrerschaft im Benehmen mit dem Reichsausschuss für die Volksschulen, vorgelegt werden. Weiter wurde erörtert, dass die Volksschulen die Volksschulbildung im Besonderen mit dem Reichsausschuss für die Volksschulen, vorgelegt werden. Weiter wurde erörtert, dass die Volksschulen die Volksschulbildung im Besonderen mit dem Reichsausschuss für die Volksschulen, vorgelegt werden.

Soziale Rundschau

Die Lage des Reichsarbeitsmarktes im Juni 1920

Die Arbeitslosigkeit hat auch im Juni ihr Ende noch nicht erreicht; die Krise hat sich vielmehr noch weiter ausgewirkt. Auf Lager zu arbeiten ist vielfach nicht mehr möglich, so dass eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zu erwarten ist. Verschiedene Industriezweige konnten noch die 48stündige Arbeitswoche aufrechterhalten, wie lange das aber infolge der Kohlenablieferung an die Entente möglich ist, ist schwer zu übersehen.

Die Statistik der Arbeiterfachverbände läßt eine abermalige, und zwar diesmal ganz beträchtliche Steigerung der Arbeitslosigkeit erkennen. In 88 Verbänden, für die über den Monat Juni Berichte vorliegen, betrug die Zahl der Arbeitslosen 222 000 unter einer Gesamtmitgliedszahl von 5,6 Millionen. Es sind somit 4 v. H. der Mitglieder arbeitslos gegen 2,7 im Mai und 1,9 im April. Die Steigerung macht sich in den größeren Fachverbänden fast ausnahmslos geltend.

Die Berichte der Demobilisierungskommission zeigen, daß die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen von 270 451 Hauptunterstützungsempfängern am 1. Juni auf 321 126 am 1. Juli gestiegen ist. Beim männlichen Geschlecht ist die Anzahl der Erwerbslosen von 200 340 auf 229 875 gestiegen. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen Erwerbsloser (Zusatzempfänger) erhöhte sich von 265 878 am 1. Juni auf 292 858 am 1. Juli.

Zur Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten

Von der ärztlichen Landeszentrale werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Notiz über die Verhandlungen zwischen der ärztlichen Landeszentrale und den Krankenkassenverbänden insofern der Berichtigung bedarf, als die Sätze für Wegegebühren mit 6 v. H. pro Doppelkilometer bei Tage und 10 v. H. bei Nacht vorgelesen sind, und nicht Sätze bis zu 6 v. H. und bis zu 10 v. H.

Aus der Stadt

Die „Sozialistische Republik“

schmeißt in tausend Freuden, denn sie glaubt, daß ein großer Wurf ihr gelungen sei. In der Samstagsausgabe teilt sie auf dem ersten Seite in Feilschrift über die Reichstagsführung vom 3. August folgendes mit:

„In dieser denkwürdigen Sitzung versuchte der ehemalige Gouverneur von Berlin die Behauptung aufzustellen, daß die Unabhängigen in der Kommission (Entwaffnungskommission) eine andere Stellung eingenommen hätten, als im Plenum. Es kam aber anders als er erwartet hatte. Genosse Remmele, welcher ihm in der Kommission gegenüber gesessen hatte, teilte mit, daß Schöpskin während der Kommissionsführung geschlafen hätte. Infolgedessen könne er gar nicht wissen, was sich in der Kommission zugetragen habe.“

Da ganz ausnahmsweise an dieser Mitteilung des unabhängigen Blattes wenigstens etwas Wahres ist, und die „S.“ der Geschichte größte Bedeutung beilegt, bin ich gern bereit, nähere Angaben zur freundschaftlichen weiteren Benutzung zu liefern. Es ist richtig, ich habe in der französischen Kommissionsführung ein Weisagen gerührt und diese „denkwürdige“

Auf der Eisenbahn

Von C. Daler

In dem Nachzug Wannheim-Geibelsberg sah unter anderen späten Gästen auch ein wohlbeleibtes Paar.

Er, eine dreißigjährige herrliche Gestalt in hellem Flanellanzug, robustem glattrasiertem Gesicht, Sternnase und lakolem wie eine Willardorgel glänzendem Schmelz, machte den Eindruck eines Affektiers.

Sie, in elegantem Anzug, reichem Schmuck, üppiger Wäsche, hübschem Teint, goldenem Klemmer und großem mit Straußenfedern besetzten Hut, repräsentierte den häuslichen Wohlstand der beiden Leute.

„Schau, schau! das Pferdchen, auf das wir neulich beim Rennen gefahren, hat schon wieder 4 Siege errungen. Es macht sich bezahlt. Wenn wir doch auch ein hätten — apostrophierte er seine Gattin, über die Zeitung hinweg, in der er jobben den Nennbericht gelesen.“

„So laß Dir halt eins!“ nickte sie müde ihm zu und schloß wieder die schlafigen Augen.

Die Wagenlücken wurden zugeworfen und der Zug setzte sich in Bewegung.

„Genau wieder 15 Minuten Verspätung, brummte er ungeduldig vor sich hin und ließ seine goldene Uhr in der Westentasche wieder beschwänden, wobei die Brillanten an seinen Ringen nur so blitzten.“

„Eine unaussprechliche Stille,“ eufelte alsbald ein Herr daneben, als er sah, wie der Dide sich Krängen und Wäsche öffnete und mit der Zeitung sich zu fächeln begann. „Ich darf wohl ein wenig das Fenster durchschauen?“ „Gewiß!“ riefen die Gäste. „Ein bißchen frischer Durchzug kann nicht schaden, die Luft ist ja ganz miserabel hier.“ Widerwillig machte der Dide ihm Platz und der Herr ließ das Fenster herunter.

In ratterndem Lauf eilten die Wagen dahin, als plötzlich ein noch junger Herr, der bisher emsig im Morgenblatt gelesen, die Frage aufwarf: „Was wird aus Eva werden?“

Mit lauernden Blicken schaute der Dide sich sofort in Bereitschaft.

„Abrufen und gaffen!“ rief einer der Antonsenden sich vornehm.

„Uns hilft kein Tod und kein Teufel!“ rief ein anderer zornig.

„Diplomaten, meine Herren, — geschulte Diplomaten — wenn wir hätten —“ ergriff jetzt der Dide das Wort, „die würden die Sache schon beschließen. Aber Leute wie unsern Baron von Kerner, der den inoffiziellen Friedensvertrag nicht unterzeichnet hat, den hat man einfach kalt gestellt — warum — weil der Erzberger, dieser gefaule Jude, uns der Entente schon im Voraus verkauft.“

Schlaffene hat sich ereignet am Sonntag, den 1. August, anno Neunzehnhundertundzwanzig im Zimmer 20 des Obergeschosses des Reichstages, nachmittags zwischen 1 Uhr 30 und 1 Uhr 50 Minuten. Trotz starken Unwohlseins, das schon am Samstag eingetreten war, nahm ich an den, den Sonntag von früh bis Spätnachmittag andauernden Kommissionsberatungen teil. Während der Beratungen, die ebenso eingehend wie lebhaft geführt wurden, haben für die beiden sozialistischen Parteien den Hauptteil der Debatten die Unabhängigen Dr. Rosenfeld und Unterleitner, sowie mein Fraktionsgenosse Lübbing und ich bestritten. Jeder von uns hat sicher ein halbes Dutzend Mal gesprochen, Rosenfeld wohl noch mehrmals. Auch die meisten der zahlreichen Änderungsanträge wurden von uns gemeinsam gestellt. Während einer vorwiegend von den Juristen bestrittenen Debatte ruhte ich kurze Zeit, da sich das Unwohlsein wieder stärker bemerkbar machte. Leider wurde dem „Aiderchen“ sehr bald wieder ein Ende bereitet durch den lebhafteren Gang der Debatte. Damit die „S.“ nochmals kräftig gegen mich losfahren kann, sei bemerkt, daß ich in Zukunft in einer ähnlichen Situation wahrscheinlich wieder ähnliches tun würde. Daß ich während der Kommissionsberatungen nicht nur mehrfach gesprochen, die sozialistischen Anträge alle mit durchgesprochen und unterzeichnet und, ebenso wie Herr Rosenfeld, zwischenzeitlich noch mit Regierungs- und Parteimitgliedern verhandelt habe, beweist, welche Tätigkeit ich in der Kommission entfaltet habe. Darum brauche auch das Plenum in schallender Selbstkritik, als ich an die, an alle Gesessenen der Schlußrede erinnernden „Entschuldigungen“ Nemeles mit der höflichsten Bemerkung antwortete, die Unabhängigen hätten sich in der Kommission so artig benommen, daß sie auf mich einjählend gewirkt haben. Tatsache ist, daß ich in der Kommission den Widerstand der Regierung gegen bestimmte sozialistische Anträge durch den Hinweis auf die ruhige und vernünftige Haltung der Unabhängigen in der Kommission zu brechen versuchte. Im Plenum lobten dann die Unabhängigen, denn am Morgen des gleichen Tage erschien der Anruf der „Freiheit“ gegen das Gesetz und die Ankündigung der Demonstration im Lustgarten. Im übrigen wissen ja die Unabhängigen, daß ich in der politischen Betätigung sehr munter bin. Und sie werden es noch mehr erfahren.

Aus der letzten Stadtratssitzung

Förderung des Flugverkehrs. Der Stadtrat tritt namens der Stadt Karlsruhe dem Verein „Flug und Hafen, e. V.“ (Verein der Flugplatz- und Luftverkehrsunternehmen) in Berlin als ordentliches Mitglied bei.

Produktive Erwerbslosenfürsorge. Eine der zum Zwecke des Abbaus des Erwerbslosenstandes vorzunehmenden größeren Arbeiten, nämlich die Auffüllung von 18 000 qm Hofengelände am 4. Weiden (bei den Preßhüttenwerken) mit einer Anbaufläche von 40 000 qm wird vergeben. Durch können außer einer unbedingt notwendigen kleinen Anzahl Stammarbeiter des Unternehmers nur wenige Erwerbslose an etwa 120 Arbeitstagen beschäftigt werden. Für die Arbeit wird gemäß der Neuabrechnung über die Erwerbslosenfürsorge ein Zuschuß aus Mitteln dieser beim Arbeitsministerium beantragt.

Kinderkrankehaus. Der Badische Landesauschuss für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge will im Herbst d. J. in den Räumen des bisherigen Waisenhaus (Karlsruhe, Wilhelmstraße 1) ein Säuglings- und Kinderkrankehaus einrichten und bittet den Stadtrat um Bewilligung eines Zuschusses aus städtischen Mitteln. Der Stadtrat erklärt sich grundsätzlich bereit, die Anstalt zu unterstützen, mußte aber daran die Bedingung, daß zunächst die Eigentumsverhältnisse geklärt werden und daß der Stadt ein maßgebender Einfluß in der Verwaltung gesichert wird.

Gas-, Wasser- und Strompreise. Die für die Monate April und Mai 1920 festgesetzten Preise für Gas, Wasser und elektrischen Strom gelten auch für die Monate Juni und Juli 1920.

Ehrenpreise. Den bedürftigen Kriegsteilnehmern aus den Jahren 1866 und 1870/71 wird auch in diesem Jahre eine Ehrenpreise wie früher bewilligt.

Stadtparkbesuch durch schwerbeschädigte Insassen des Versorgungsanstalts. Den schwerbeschädigten Insassen des hiesigen Versorgungsanstalts wird für die Dauer ihrer Lazarettbehandlung freier Eintritt in den Stadtpark — auch bei Konzerthausveranstaltungen — gegen vom Stadtrat auszustellende Eintrittskarten bewilligt.

Beihilfe an die Blindenvereinigung. Der Stadtrat sagt der Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung zu, ähnlich wie im vorigen Jahr auch für den kommenden Winter einen Beitrag von 5000 M als Beihilfe zur Beschaffung von Winterbrennstoffen für bedürftige Mitglieder, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, zu bewilligen und stellt diesen Beitrag in den Entwurf des Gemeinbedarfsanschlags 1920/21 ein.

Carlus Blumenfeld. Trotz anderer Veranlassungen in der Stadt — der Samstag Abend mutete „fast“ großstädtisch an — durfte sich der am Samstag hier eingetroffene Carlus Blumenfeld bei seiner Eröffnungsvorstellung gleich eines guten Besuchs erfreuen. Dem Carlus ging ein guter Ruf voraus und er hat auch am Samstag Abend nicht enttäuscht. Was er bietet, ist durchweg erstklassig und hochwertig; und dabei wird noch außerordentlich viel geboten, das Programm ist ebenso reichhaltig wie abwechslungsreich. Der zirkonische Teil, die Perbedressuren und Kunstreiten, wie der artistische Teil, Turnen, Akrobatik, Jonglieren, weisen eine Besetzung in allen Nummern mit nur ersten Kräften auf. Da ist zuerst die niedliche, achtjährige Drahtseilkünstlerin Veith Blumenfeld, die bereits eine Meisterin ihres Faches ist, deren Leistungen erhebliche Bewunderung auslösen. Der jugendliche Alfons Blumenfeld zeigt sich als gewandter, unerfahrener, „ohne Gaitel“, Meister. Ganz hervorragendes leisten die „5 Colardos“, Schleuderbrettakrobaten; wie ein Ball wirbelt das jüngste Mitglied der Truppe in der Luft herum. Auf dem Gebiete der Perbedressuren ist zunächst Fel. Marg. Persch der „hohen Schule“, während Herr Direktor Louis Blumenfeld Perbedressuren vorführt, beide beweisen, daß die alte Tradition des Zirkusses noch nicht erloschen ist, sondern daß die Perbedressur immer noch tüchtige Vertreter aufzuweisen hat. Ein Jongleur und Equilibrist-Alt „Erifban Tro Camp“ bildet den gelungenen Abschluß des ersten Teils des Niesenprogramms.

Den zweiten Teil eröffnen die „4 Gebrüder Köhler“ mit einem „Fach Red-Flug-Alt“; „in höchster Vollendung“ schreibt das Programm, und es stimmt! Das sind Leistungen, an denen jeder Turner seine helle Freude hat. Ebenso an den kraftportlichen Vorführungen von „Les Figines“, „die eleganten Plegmatiker“; die beiden Künstler führen ihre Namen mit Recht. Herr Direktor Louis Blumenfeld führt mehrmals einige Perbedressuren vor; die Gelehrtheit der Pferde — übrigens prächtiges Material — ist ebenso bewundernswert wie die Sicherheit, mit der Herr Blumenfeld die Tiere leitet und ihre Kunst vorführen läßt. Eine flott gerittene „Angarische Gztopost“, von Alfons und Sirena Blumenfeld besetzt, beschließt das Programm, das durch die zahlreichen Clowns, an deren Spitze die Herren Jaensch und Weder stehen, mit ihren Späßen und ihrem Witz und durch ein uflisches Amateurspiel, unterhaltende und heitere Unterredungen erfährt. Der Zirkus steht inmitten der Stadt, auf dem Schießbänke, nahe der Ritter- und Mathisstraße, das reichhaltige und Gute, das er leistet, läßt eine allabendliche volle Besetzung wünschenswert.

„Etwas mehr Mühsal!“ Man schreibt uns: Beim Bau am 2 wurde im Jahre 1917 das dort unbenutzte Gelände zwischen Bahnhof und Post zur Anpflanzung für landwirtschaftliche Erzeugnisse vergeben. Unter der denkbar größten Mühe haben die jetzigen Pächter das Gelände zu fruchtbarer Gartenboden umgebaut und es durchsetzt mit Düng aller Art. Nachdem nun in diesem Frühjahr die Gärten mit allen gebräuchlichen Gemüsen und mit Kartoffeln angepflanzt waren, erließen die Pächter der Gärten am 17. April 1920 von der Oberpolizeidirektion durch die Bauaufsicht die Kündigung mit sofortiger Wirkung zugesandt. Auf wiederholte Vorstellungen hin wurde die Genehmigung erteilt, die angepflanzten Gemüße weiter zu pflanzen. Am 20. Juli jedoch wurde den Pächtern zugestimmt, daß bis 10. August d. J. die Gärten abgeräumt sein müßten, andernfalls kein Anspruch um nur noch vier Wochen Frist zum Ausreisen der angepflanzten Produkte werden vergeblich. Die Pächter fragen nun, wie sich die Regierung zu dieser Sache stellt, denn sie sind der Ansicht, daß bei einem Bau, den die Oberpolizeidirektion erstellen will, vier Wochen keine Rolle spielen; dagegen wäre es aber in der Zeit der Lebensmittelknappheit dringend geboten, daß die Pächter ihre angepflanzten Gemüße ausreisen lassen könnten, ganz besonders die Kartoffeln, die jetzt noch unreif und ungenießbar sind. Zudem können bei einem Schadenersatz Mühe Arbeit und Düng niemals vergütet werden.

Er holte sich eine handlierte Zigarre aus seinem silbernen Etui, steckte sie in Brand und blies mit widrigem Besagen seiner Frau den Rauch direkt ins Gesicht, daß diese abwendend erpöchte. Der Mann der Arbeit blieb ihm die Antwort nicht schuldig. „Von Papier allein,“ begann er sofort, „kann der Mensch nicht leben. Am Ende verhungern wir noch daran, auch wenn man noch so viele Kaffenscheine täglich für uns druckt. Stoffe und Lebensmittel lassen sich mit diesem Geld kaum noch beschaffen. Das Ausland verlangt reelle Gegenwerte von uns. Wedrigenfalls sollten wir doch immer erst bei uns selber Einkehr halten, bevor wir über andere zu Werben gehen. Einzelnen ist ja schließlich feiner. Auch Sie — wandte er sich direkt an den Diden — dürften kein weicher Nase sein. Wenn Sie es sind — es ist ja Gewissenssache,“ fügte er lächelnd hinzu — „dann werden Sie sich nur sofort um die Stelle des Präsidenten, denn der tritt demnächst vom Amte zurück. Die Stimmen aller ehrlichen Leute und Ihnen sicher, wenn Sie erst erfahren, wer Sie sind und was Sie im Interesse der Allgemeinheit schon alles geleistet.“

„Alles spricht bedenklich die Ohren, als der Dide erregt sich zu räuspern begann. „Wohin kommen wir,“ sprach er mit vibrierender Stimme, „was soll aus unseren Kindern werden, wenn wir ihnen kein anderes Erbe mehr als das nackte Leben hinterlassen können. — Wozu hat man dann in der Welt sich geschuftet?“

„Haben Ihre Kinder nicht Hände und Füße — fünf gesunde Sinne und Verstand?“ erwiderte unerwartet sein Gegner. „Sagten Sie vorhin nicht selbst: Nur Arbeit allein kann uns retten? Arbeiten, ja! Arbeiten sollte ein jeder, hoch und nieder, dann reichen acht Stunden Arbeitszeit für alle aus. Kaufmänner und Freier können wir allerdings keine gebrauchen, wenn es wieder aufwärts gehen soll. Die müssen heraus aus dem Land! Das ist das einzige Mittel, das hilft, und ich glaube — unsere Nachkommen werden uns danken.“

Vergebens suchte die Frau ihren Gatten zu beschwichtigen. Seine Aufregung steigerte sich zur Wut, er ballte seine großen Hände und suchte nach Stroh und Gut, daß man beschreiben konnte, es werde was Unangenehmes passieren.

„Utopien, Utopien! Ich kenne die Menschen!“ polterte er hervor und streckte den Kopf hinaus zum Fenster. „Aber Utopien, die sich zuweilen verwirklichen.“ erwiderte wieder schlagfertig der Mann mit den kleinen schweißigen Händen und dem verwiterten Gesicht.

„Das ist die richtige Sorte,“ atmete alles erleichtert auf, als das gut betuchte Paar dem haltenden Zuge entstieg und die erregte Debatte veritumulte.

„Kriegsgewinnler — Schieber — Krupellose, rümpfliche Leute sonstigen verwerflichen Dingen, sobald sie den Rahm von der Milch abgelaugt und in Sicherheit gebracht haben. — Nicht die Weisen, sondern die Feilen sind wieder oben!“

„Nichts weiter!“ — Beschäftigten sich nur noch mit Politik und mit diesen Worten lehrte der in harter Arbeit gereifte Mann der Gesellschaft den Rücken und blickte lächelnd hinaus in die schwüle Nacht, hinterher nach Westen, wo ein schweres Gewitter sich zu entladen begann.

den Schweiz aus dem erlittenen Gesicht und schwartigen Naden. „Mit Maschinengewehren und Diplomaten,“ erwiderte darauf ein Mann im Arbeitsittel aus der entgegengesetzten Herseite der, „läßt sich die soziale Frage nicht lösen, sonst wäre sie längst gelöst. Auch Herr Helfferich ist kein Helfer geworden, sondern ein Helfferich geblieben! Was wir vor allem brauchen, ist gesundes Brot und eine gerechte Verteilung aller Lebensmittel. Es gibt Leute — sie zählen nach Hunderten in jeder Stadt —, die alles in Hülle und Fülle besitzen. Aber auch solche, die vor dem Kriege in Döckhütten kampierten und jetzt Mühen und Plätsche ihr eigen nennen, gibt es in Menge. Sie jagen per Auto, wie um die Wette, von einem Hotel und Kaffee ins andere und verpesten uns obenreiter noch das bißchen frische Luft mit dem aufgewirbelten Staub und Gestank ihrer Automobile. Die wollen natürlich von all der Pracht und dem Jammer unserer Tage nichts wissen und sehen gleichgültig über das Elend hinweg, wenn es ihnen in den Strahlen begegnet. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo jeder, der sich so rüchichtslos geherbet, bald recht unangenehme Ergebnisse zu gemärtigen hat.“

„Davor ist mir nicht bange,“ erwiderte überlegen der Dide. „Ein paar klaren Wein, ein ordentliches Weidel und einige Zigarren — ich kenne die Brüder — und sie beschützen mich Haus und Hof.“

Großer Unmut regte sich nach diesen Worten und verdächtige Blide strahlen den prokigen Patron.

„Der Erzberger ist schuld an allem.“ Sucht er abzulenken. „Nun haben wir es auch zu verdanken,“ fuhr er fort, „daß unsere Valuta heute so schlecht steht. Er selbst aber hat, wie wir der Arzt versicherte, den ich unlängst in Freiburg wegen meiner Frau konsultierte, im vergangenen Winter mit seiner ganzen Familie in Portofino geessen und dort wie Gott in Frankreich gelebt. Auf wessen Kosten natürlich brauche ich nicht zu sagen. Hat der Erzberger überhaupt jemals Steuer gezahlt? Hat er sein Geld nicht im Ausland untergebracht?“

„Alles schweig, niemand würdige den schneidigen Patrioten einer Antwort. Endlich, nach einer Pause, begann der Herr, der die Frage wegen Spa aufwarf, wieder sich zu regen: „Es ist ja wahr — begann er in ruhigem Tone — manches was Herr Erzberger tat, ist nicht unwahrscheinlich. Seine Partei — auch ich bin Zentrumsmann — hat ihn dafür auch verurteilt. Aber das Große, das er geschaffen, wiegt doch alle seine Fehler auf.“

„Gewiß, sein Steuerwesen ist ein Meisterwerk, kein anderer hätte es fertig gebracht. Es erfährt besonders die bestehenden Klassen,“ greift auch der Mann im Arbeitsittel wieder in die Unterhaltung ein.

„Reißende Masse!“ brante der Dide empor. „Schauen Sie doch nur einmal Ihre Gesenoffen von heute an: haben nicht alle Geld wie Heu? Im Theater, im Kino, im Zirkus, wo man nur hinommt, ist alles zum Erdrücken voll. Arbeiten sollen die Leute — nicht nur 8 Stunden im Tag! Müde müssen sie werden, damit sie abends zu Hause bleiben und sparen. Denn so kann auf die Dauer nicht fortgehen. Mit unserer Arbeitslosenunterstützung ziehen wir nur Faulenzer an.“

„Diplomaten, meine Herren, — geschulte Diplomaten — wenn wir hätten —“ ergriff jetzt der Dide das Wort, „die würden die Sache schon beschließen. Aber Leute wie unsern Baron von Kerner, der den inoffiziellen Friedensvertrag nicht unterzeichnet hat, den hat man einfach kalt gestellt — warum — weil der Erzberger, dieser gefaule Jude, uns der Entente schon im Voraus verkauft.“

„Nichts weiter!“ — Beschäftigten sich nur noch mit Politik und mit diesen Worten lehrte der in harter Arbeit gereifte Mann der Gesellschaft den Rücken und blickte lächelnd hinaus in die schwüle Nacht, hinterher nach Westen, wo ein schweres Gewitter sich zu entladen begann.

Kinderstuhlkommision. Heute abend 8 Uhr findet im Ratszimmer der „Goldenen Krone“ Amalienstraße eine wichtige Besprechung statt, zu der insbesondere auch die Genossinnen von Mühlburg freundlich eingeladen sind. Um eine einheitliche Regelung der Spaziergänge durchzuführen zu können, ist das Erscheinen aller Beteiligten unbedingt erforderlich. Auch der Parteivorstand ist hierzu eingeladen.

Eine schreckliche Mordtat. Ein gräßlicher Mord wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag zwischen 12 und 1 Uhr an dem Kriegsinvaliden Otto Schwall aus Darlandenberg verübt. Derselbe befand sich aus einer Verjammung in Mühlburg auf dem Heimweg, wo er beim Gewann Brinzened zwischen Mühlburg und Darlandenberg erschossen, beraubt und durch Messerstiche am Kopf in bestialischer Weise so überaus verletzt wurde, daß selbst von Bekannten seine Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Erst seine Abwesenheit von zu Hause und seine Kleidung liegen darauf schließen, wer der Gemordete ist. Da Uhr und Geldbeutel fehlen, scheint es sich um einen Raubmord zu handeln. Der Bewußtlose ist verheiratet und wird als ein rechtlichsfähiger fleißiger Mann geschildert.

Wie der Polizeibericht meldet, wurden drei Tagelöhner von hier und Darlandenberg, sowie zwei Frauenpersonen festgenommen, die im Verdacht stehen, die abische Mordtat vollführt zu haben.

Der angehaltene Schweinetransport. Am Ostermontag wurde auf der Grenzstation Leopoldshöhe von einer zusammengeführten Menschenmenge ein großer Schweinetransport, der von Dänemark nach der Schweiz bestimmt war, angehalten, weil sich das falsche Gerücht verbreitet hatte, die Schweine sollten als Schieberware nach der Schweiz verschoben werden. Der Hauptführer des damaligen Kaufs war der Ratier und Mühlbühler Fritz Jacis aus dem nahen Dorfe Weil, der mit einem Ammerseeüber Eisenbahnbeamten, Gen darmen und Amtsanwalt fortgesetzt bedrohte. Er wurde deshalb und wegen noch verschiedener anderer Straftaten von der Freiburger Preisenkammer zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Mitangeklagter erhielt 6 Wochen Gefängnis, ein dritter 50 M Geldstrafe.

Sommernachtsfest im Stadtpark. Viele Tausende pilgerten am Samstag nach dem Stadtpark, um dem Sommernachtsfest anzuhängen, das bekanntlich infolge ungünstiger Witterung von Donnerstag auf Samstag verlegt werden mußte. Aber an diesem Abend war der Wettergott der Veranstaltung hold, wenn auch eine etwas kühle Temperatur sich fühlbar machte. Die Stadtparkkommission hatte in der Auswahl des Programms eine glückliche Hand gehabt, indem der Abend als voller Erfolg gebucht werden kann. Ein Doppelkonzert, ausgeführt von den Musikkapellen „Harmonie“ (Leitung Herr Kubitzky) und dem „Hilfsharmonischen Orchester“ (Leitung Herr Schotte) sorgte in vorzüglicher Weise für die musikalische Unterhaltung. Im Mittelpunkt des Abends stand jedoch das brillante Feuerwerk auf dem See, das von dem bekannten Feuerwerker Fischer aus Ebermann in meisterhafter Weise zur Ausführung kam. In bunter Reihenfolge kamen die einzelnen Feuerwerkskörper, wie Sternraketen, doppelt rotierende, Doppelräder, Sammelraketen, verschiedene Arten von Raketen, Fontänen, elektrischer Regen usw. zur Entladung. Die Bewunderung bei den Zuschauern erregten und mit großem Jubel aufgenommen wurden. Währenddem fuhren Boote mit Leuchtpylonen auf dem See, der durch bengalische Beleuchtung erhellt wurde, indem sich ein farbenprächtiges Bild ergab. Dazwischen klangen die herrlichen Weisen der Musikkapellen in die Nacht hinein, wobei sich ein wirklich nettes Stimmungsbild des Sommernachtsfestes abspielte, über das nur Stimmen der Zufriedenheit gehört wurden.

Reichsgetreideordnung 1920. Das Bürgermeisteramt hat am 6. August die für Karlsruher Anbauer von Getreide wichtigsten Bestimmungen aus der Reichsgetreideordnung und der Bad. Vollzugsordnung veröffentlicht. Am allgemeinen gelten die gleichen Grundzüge wie in früheren Jahren. Neu ist vor allem, daß auch Hafer unter die Verordnung fällt und somit beschlagnahmt ist. Pflicht jedes Landwirts ist es, die Bestimmungen genau zu beachten. Vor allem ist es nötig, daß jeder Landwirt möglichst schnell sein Getreide ausstrahlt und an die Reichsgetreidekette abgibt. Die Bekanntmachung weist ausdrücklich

darauf hin, daß jeder, der mehr verbraucht, als ihm zusteht, Bestrafung und Entziehung der Selbstversorgung zu gewärtigen hat, und vor Ablauf der gesetzlichen Frist auf keinen Fall weder eine neue Maßkarte, noch Brotmarken erhält. Landwirte, die Selbstversorger werden wollen und den vorgeschriebenen Antrag noch nicht gestellt haben, müssen dies un verzüglich tun. Die Vorzüge dazu sind bei den Gemeindefretariaten und Polizeiwachen zu haben.

Unfall. Am Samstag nachmittag stürzte ein hier wohnhafter verheirateter Tagelöhner im Hardwald an der Friedrichstraße beim Holzfällen von einem Baum, erlitt einen Schädel-, Unterkiefer- und Schenkelbruch, sowie den Verlust eines Auges und mußte mittelst Krankenautos ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Kasko erfolgte am Samstag vormittag in der Durlacherstraße bei der Kreuzungstraße. Die vordere Plattform des Straßenbahnwagens wurde dabei stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Blutiger Tod. Am 8. August 1920 wurde in einem Hotel in der Kriegstraße ein Hauptlehrer a. D., der seit 6. August 1920 dort wohnte, in seinem Bett tot aufgefunden. Der Tod trat infolge eines Gehirnschlages ein.

Ein Wilderer angeschossen. Am 8. August 1920 wurde wie der Polizeibericht meldet — der Wilderer Karl Benz aus Eßlingen auf dem Felde zwischen Mühlbühl und Langenfeldbach angeschossen. Er starb infolge der Verletzungen bald darauf.

Valuta-Bericht vom 7. August

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 18.10 Cts. Die Ausgabe von 100 M. notierte etwa 15.17 M. per belg. Gulden; Schweizer etwa 7.83 M. per schw. Fr.; England etwa 168 M. per Pf. Sterling; Frankreich etwa 8.88 M. per franz. Fr.; New York etwa 45.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 9. August 1920

Nachdem das nördliche Tiefdruckgebiet sich weiter entfernt hatte, ist ein kräftiges Hochdruckgebiet über Mitteleuropa vorgezogen. Sein Kern lag gestern über Mitteldeutschland und hatte für das ganze Gebiet vorwiegend heiteres, trockenes Wetter zur Folge, das auch heute morgen anhielt. Obwohl geringe Druckstörungen im Westen sich ausgebildet haben, wird doch der hohe Druck die Wetterlage weiterhin beherrschen.

Vorausichtliche Witterung bis Dienstag, den 10. Aug. 1920: Wetterhin Wetter, am Tage wärmer, meist trocken, nur lokale Gewitter.

Letzte Nachrichten

Sabotierung der Einkommensteuer

Frankfurt a. M., 9. Aug. Reichsfinanzminister Dr. Brüning behandelte gestern auf einer Konferenz der Zentrumspartei eine Reihe von wichtigen Fragen der äußeren und inneren Politik. Die Lage im Innern gebe der äußeren an Schwierigkeit und Gefährlichkeit nichts nach. Bei einer Sabotage der Einkommensteuer, wie sie bereits mehrfach versucht worden sei, sei der Zusammenbruch unermesslich. Trotz aller düsteren Ausichten wolle die Regierung mit aller Kraft und Fähigkeit weiter arbeiten, um die wichtigsten die Anfänge der Wege zur Erhaltung und zur Gesundung zu bahnen.

Streikandrohung englischer und französischer Bergarbeiter?

Berlin, 8. Aug. Wie der Reichsminister des Innern, Dr. Brüning, erklärt, haben die Bergarbeiter von England und Frankreich einen sofortigen Eintritt in den Streik zugestimmt, falls das Ruhrgebiet besetzt wird. Der endgültige Beschluß hierüber wird in London am 7. U. in internationalen Bergarbeiterkongressen gefaßt werden.

Keine gemeinschaftliche sozialistische Konferenz?

Berlin, 8. Aug. Wie der „Vorwärts“ aus Essen meldet, hat die mehrheitssozialistische Partei ihre Teilnahme an der

auf Sonntag anberaumten Konferenz aller sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften zur Beratung der Frage der Neutralität abgelehnt, da bei den Vorbesprechungen die Kommunisten erklärten, daß sie auf dieser Konferenz, sowie in den geplanten Kundgebungen für die Rätebürokratie demonstrieren würden.

Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Besenverbänden

Essen, 8. Aug. Die Verhandlungen zwischen den Besenverbänden und den Bergarbeiterverbänden über die Regelung der Lohnfragen im Ruhrgebiete, die Abfassung der Lebensmittelgutscheine und die Forderung der Hebertagelöhner auf 100prozentigen Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit sind ergebnislos geblieben und vorläufig abgebrochen worden. Sie sollen am Montag wieder aufgenommen werden. Die Besenvertreter stellten sich auf den Standpunkt, daß sie in der Lohnfrage keine Zugeständnisse machen könnten, weil die Regierung die Erhöhung der Kohlenpreise nicht gewährt habe.

Italien und der Friedensvertrag

Rom, 8. Aug. Bei der Einbringung des Vertrages von St. Germain in der italienischen Kammer sagte der Minister des Auswärtigen Graf Sforza u. a.: Dem deutschen Bevölkerungssteil in den abgetretenen Gebieten werden Sprache, Gefühl und besondere Interessen voll gesichert werden.

In Spa habe ich den polnischen Staatsmännern geraten, mit Sowjetrußland Frieden zu schließen. Das bolschewistische Experiment muß sich bis zum Schluß aus sich heraus entwickeln und zeigen, ob es lebensfähig ist oder dem Zusammenbruch geweiht ist. Mit der Moskauer Regierung ist vereinbart, daß ein russischer Agent nach Italien und ein italienischer Agent nach Moskau kommt, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern zu heben. Es ist die Bedingung gestellt worden, daß der Russe sich in die inneren Angelegenheiten Italiens nicht einmische.

Die Kämpfe in Südrussland

London, 8. Aug. Wie Reuters aus Konstantinopel meldet, liegt dort ein Bericht des Generals Wrangel vor, wonach im Laufe der letzten Wochen den Bolschewisten 4000 Gewehre, 30 Geschütze, 150 Maschinengewehre, vier Panzerzüge und große Mengen Kriegsmaterial abgenommen worden sind.

Ehrensold für belgische Kriegsteilnehmer

Brüssel, 8. Aug. Die Kammer erklärte sich bereit, an die Feldzugsteilnehmer für die Zeit, die sie an der Front zugebracht haben, eine Entschädigung von 75 Franken pro Monat zu bezahlen. Es gilt die Zeit vom 1. August 1914 bis 1. November 1918.

Rußland und die deutschen Auswanderer

Moskau, 8. Aug. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten gibt bezüglich der Zureise deutscher Auswanderer bekannt, daß Transporte von Auswanderern, ebenso einzelner Personen, die eine vorherige Erlaubnis der Sowjetregierung und ohne die nötigen Passformalitäten erfüllt zu haben, die Reise nach Rußland antreten, bedingungslos an der russischen Grenze zurückgeschickt werden müssen.

Vom Völkerbund

San Sebastian, 8. Aug. Der ständige beratende Ausschuss des Völkerbundes für Heeres-, Marines- und Luftfahrtsangelegenheiten hielt gestern zwei Sitzungen ab. Er besprach den Entwurf eines Reglements des Völkerbundes für die Heeres-, Marine- und Luftfahrtsangelegenheiten, die jetzt ihre Aufnahme in den Völkerbund beantragt haben, ferner die Kontrolle des Handels mit Waffen und Munition und des Gebrauchs erhaltender Gase und die Pflicht der Ausführung des Bewaffnungsrechts, das Deutschland durch den Art. 213 des Friedensvertrages anerkannt hat. Die Mitglieder des Ausschusses werden nach Schluß der Beratungen in ihre Heimat zurückkehren.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Neulleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gille; für den Anzeigenteil Oskar Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Friedrichshof - Garten.
Heute Abend 8 Uhr
Konzert
des Philharmonischen Orchesters
(Kapelle der Freiw. Feuerwehr)
Dirigent: Obermusikmeister Schotte.

Großwäscherei Gall
früher größte Anstalt
Süddeutschlands in
Strassburg.
Ich bringe meine Kragen damit sie schnell in 3 Tagen gut gewaschen u. gebügelt werden nach Kaufhaus J. Keyser Durlach.

Die Herbst- und Wintersaison hat begonnen.
Habe auch jetzt wieder die neuesten Modelle für
Velour-, Filz-, Haar- und Plümes-Hüte.
Bringen Sie die mir zugeordneten Damen- und Herrenhüte jetzt schon zum Umformen, Reinigen oder Färben. Dadurch ist bessere Einteilung u. raschere Lieferung möglich. Saubere, schnelle und gediegene Arbeit sichere ich Ihnen zu.
Rudolf Dickten, Stroh- und Filzhutfabrik, Karlsruhe.
Tel. 3829. Nur Westendstr. 29 b, da ich keinerlei Filialen in Karlsruhe führe.
NB. Den Verhältnissen entsprechend habe ich meine Werkstätten auch zum Umarbeiten von Herrenhüten spezialisiert. Bin nun in der Lage, auch in dieser Hinsicht allen Wünschen gerecht zu werden und bitte um regen Zuspruch.

Circus Blumenfeld
Nur kurze Zeit!
Karlsruhe, Platz: Ecke Mathy- und Ritterstraße.
Montag abend 8 Uhr
Außerordentl. Vorstellung
mit neuem reichhaltigen Programm auf allen künstlerischen Gebieten.
Neue Freilichtdresdures! Schullehrer W. Perky!
Die folgenden Menschen, 5 Gebr. Köhler, sämtliche Spaßmacher u. dumme Auguste.
Kontrollanten-Hellen von die prämierte von 100 Mk.
Montag abend Elite-Vorst. 8 1/2 Uhr
Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr
Familien- und Kinder-Vorstellung
zu haben Preisen für Kinder unter 12 Jahren. 2247
Vorverkauf im Zigarrengesch. Meyle, Marktplatz und an der Circuskasse.

Rastatt. Rastatt.
Verkauf von Alt- u. Möbel
Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3. Dreherstr. 3
Fahrrad-Gummi!
Fahrräder, neu, mit Gummi 1000 M. Ausland-Garnitur 240 M. Ausland- 260 M. Händler Extra- Rabat. Fahrrad-Industrie Bahringstr. 37. 2205
Blindenarbeit!
Vorteilhaftes Geschäft für die Durlacher
Hoffhaartauschbejen
aus vorzüglichem Schweinehaar zu haben. 2247
H. Bost, Bittorstr. 6.

Kleider
Uniformen, Wäsche, Schuhs, Vorhänge und Federbetten, laßt fortwährend zu haben in S. Axelrad, Eisenweintr. 52, Tel. 5980.
Städt. 1925
Vierordbad.
Versch. Kurbäder: Halb-, Sitz-, Fuss-, Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heissluftkurbäder etc.
Damenbadezeit: Montag und Mittwoch vormitt. von 9-1 Uhr u. Freitag nachmitt. von 2 1/2-7 1/2 Uhr.
Herrenbadezeit: alle übrige Zeit.
An Sonn- u. Feiertagen geschlossen.

Rastatter Anzeigen.
Offene Stellen.
Bei der Stadterwaltung sind sofort zu besetzen: eine Buchhalterstelle bei der Stadtkasse, eine Kassistenstelle bei der Gastkass. Gehalt für erstere nach Gruppe V, für letztere Stelle nach Gruppe III der städt. Besoldungsordnung, welche sich mit der städtischen Besoldungsordnung deckt.
Für erstere Stelle ist selbständige Führung des Hauptbuches Voraussetzung, die im Gemeindefassenwesen gefordert sind, wollen sich unter Anlager ihrer Zeugnisse bis spätestens 15. d. M. melden.
Rastatt, den 4. August 1920. 2249
Der Gemeinderat.
Könner. 301er.

Durlacher Anzeigen.
Kohlen-Ausgabe.
Die bei Joh. Frankh & W. eingetragenen Kunden von Nr. 151-200 können am Dienstag, den 10. d. Mts. von nachmittags 1 Uhr ab 1 Zentner Braunkohlenbriketts „Union“ zum Preise von 15.25 Mk. per Zentner und 1 Zentner Anthrazit-Briketts II

zum Preise von 24.15 Mk. per Zentner ab neues Lager Fünfstraße erhalten.
Zufuhr dort Haus 80 Pfg. frei Keller 1.80 Mk. je Ztr. mehr.
Angehörige der schwierigen Kohlenlage wird sofortige Abnahme der aufstehenden Mengen empfohlen, da eine nachträgliche Lieferung im Winter nicht erfolgen kann.
Durlach, den 9. August 1920. 2248
Ortskohlenstelle.

Durlach.
Ferienwanderungen
Dienstag und Donnerstag, mittags 1 Uhr, finden dieselben mit der Durlacher gesamten Schulljugend statt.
Treffpunkt: Schloßplatz.
Die Kinderstuhlkommision bittet die Einwohner um Zubehörungen freiwilliger Gaben: Brot, Obst, Geld. Abzugeben auf der Polizeiwache. Hierfür wird öffentlich dankt.
Kinderstuhlkommision Durlach.

Arbeiter! Agitiert für den „Volksfreund“

Solange Vorrat

Maul- und Klauenseuche betr.
Die starke Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche im Stadtbezirk Karlsruhe und in den Vororten, die größtenteils auf unterlassene oder verzögerte Anzeigen durch die Tierbesitzer zurückzuführen ist, veranlaßt uns nachstehend die Bestimmungen des § 9 des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 zur Kenntnis zu bringen. Die unterlassene oder verzögerte Anzeigenerstattung wird nach § 74 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe von 15-3000 M bestraft.

§ 9.
Bricht eine Seuche aus, auf die sich die Anzeigepflicht erstreckt (§ 10), oder zeigen sich Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, so hat der Besitzer des betroffenen Viehes unverzüglich der Polizeibehörde oder einer anderen von der Landesregierung zu bezeichnenden Stelle Anzeige zu machen, auch die kranken und verdächtigen Tiere von Orten, an denen die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere besteht, fernzuhalten.

Die gleichen Pflichten hat, wer in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht, wer mit der Aufsicht über Vieh an Stelle des Besitzers beauftragt ist, wer als Hirt, Schäfer, Schweizer, Senne entweder Vieh von mehreren Besitzern oder solches Vieh eines Besitzers, das sich seit mehr als vierundzwanzig Stunden außerhalb der Feldmark des Wirtschaftsbetriebs des Besitzers befindet, in Obhut hat, ferner für die auf dem Transporte befindlichen Tiere, deren Begleiter und für die in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere der Besitzer der betreffenden Viehstände, Ställe, Koppeln oder Weidflächen.

Zur unverzüglichen Anzeige sind auch die Tierärzte und alle Personen verpflichtet, die sich mit der Ausübung der Tierheilkunde oder gewerbsmäßig mit der Kastration von Tieren beschäftigen, insgleichen die Fleischbeschauer einschließlich der Fleischbeschauer, ferner die Personen, die das Schlächtergewerbe betreiben, sowie solche, die sich gewerbsmäßig mit der Verarbeitung, Verwertung oder Veräußerung geschlachteter, getöteter oder benutzter Tiere oder tierischer Bestandteile beschäftigen, wenn sie, bevor ein polizeiliches Einschreiten stattgefunden hat, von dem Ausbruch einer der Anzeigepflicht unterliegenden Seuche (§ 10) oder von Erscheinungen, die den Ausbruch einer solchen Seuche befürchten lassen, Kenntnis erhalten. O. J. 238
Karlsruhe, den 30. Juli 1920. 2241

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Maul- und Klauenseuche betr.

Nachdem in den Ställen der

1. Uhl, Josef, Gartenstadt, Sperlingsgasse 18,
2. Friedrich, Wilhelm, Gartenstadt, Sperlingsgasse 19,
3. Horn, Friedrich, Gartenstadt, Sperlingsgasse 17,
4. Köhlin, Karl, Gartenstadt, Sperlingsgasse 13,
5. Fischer, Adolf, Gartenstadt, Sperlingsgasse 9,
6. Auster, Heinz, Gartenstadt, Sperlingsgasse 5,
7. Wildenberger, Adolf, Gartenstadt, Aternweg 38,
8. Seidemann, Otto, Gartenstadt, Aternweg 45,
9. Freudenberger, Karl, Gartenstadt, Aternweg 27,
10. Braun, Josef, Gartenstadt, Aternweg 19,
11. Rönninger, Jos., Gartenstadt, Aternweg 13,
12. Karl, Adolf, Gartenstadt, Aternweg 11,
13. Mater, Andreas, Gartenstadt, Aternweg 7,
14. Wittmeier, Wilh., Gartenstadt, Aternweg 35,
15. Deschner, Ernst, Gartenstadt, Aternweg 30a,
16. Schulze, Adolf, Gartenstadt, Aternweg 16,
17. Müller, Adolf, Gartenstadt, Aternweg 16

die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, werden folgende Anordnungen getroffen:

- a) Sperrbezirk bildet die Gartenstadt Karlsruhe.
- b) Beobachtungsgebiet ist der übrige Teil des Vororts Müppurr gemäß früherer Bekanntmachung.

Das Durchfahren und das Durchtreiben von Klauenvieh, sowie das Durchfahren mit fremden Wiederläufergepannen durch das Beobachtungsgebiet ist verboten. O. J. 238
Karlsruhe, den 30. Juli 1920. 2242

Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Zur Fortführung des Vermessungswerts und Lagerbuchs der Bemessungen nachfolgender Gemeinden ist Tagfahrt in den Räumen der betreffenden Grundbuchämter bestimmt, und zwar für:

- Graben auf Donnerstag, den 19. August d. J., vormittags 9 Uhr;
 - Hohstetten auf Dienstag, den 24. August d. J., vormittags 9 Uhr;
 - Lindenheim auf Donnerstag, den 26. August d. J., vormittags 9 Uhr;
 - Eggenstein auf Dienstag, den 7. September d. J., vormittags 9 Uhr.
- Das Verzeichnis der seit der letzten Fortführungs-tagfahrt eingetretenen, dem Grundbuchamt bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum liegt während einer Woche vor der Tagfahrt zur Einsicht der Beteiligten in den Räumen des Grundbuchamts auf; etwaige Einwendungen gegen die Eintragung dieser Veränderungen im Vermessungswert und Lagerbuch sind in der Tagfahrt vorzutragen. Die aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen und noch nicht zur Anzeige gebrachten Veränderungen im Grundeigentum, sowie bestehende Kulturveränderungen sind anzumelden und Nachweise über Änderungen in der Form der Grundstücke dem Fortführungsbeamten vorzulegen, widrigenfalls die Fortführungsunterlagen auf Kosten der Beteiligten von amtswegen beschafft werden.

Karlsruhe, den 5. August 1920. 2246
Der Bezirksbeamte.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Getreide aus der Ernte 1920
Für das Erntejahr 1920/21 wird der Verkehr mit Roggen, Weizen, Spelz (Dinkel, Fejen), Gerste, Emmer, Gerste und Hafer durch die Reichsgetreideordnung vom 21. Mai 1920 und die bad. Vollzugsverordnung vom 19. Juni 1920 geregelt.

Die Reichsgetreideordnung, deren wesentlicher Inhalt vom Bezirksamt in den Karlsruher Zeitungen veröffentlicht wurde, kann bei den Gemeindefretariaten, der Kartensstelle und dem Städt. Statistischen Amt (Zähringerstr. 98) eingesehen werden. Aus den Bestimmungen, die im wesentlichen die gleichen wie für das Erntejahr 1919/20 sind, heben wir für den Kommunalverband Karlsruhe-Süd folgendes hervor:

1. Hafer ist wieder der öffentlichen Bewirtschaftung unterstellt.
2. Wer Selbstverföhrer werden will, hat entsprechenden Antrag auf dem vorgeschriebenen Vordruck zu stellen. Die Vordrucke sind bei den Polizeiwachen, bei den Gemeindefretariaten und bei dem Städt. Statistischen Amt (Zähringerstr. 98) unentgeltlich erhältlich; sie sind bei den Gemeindefretariaten, der Kartensstelle (Hotel Nowad) oder beim Statistischen Amt (also nicht auf den Polizeiwachen) spätestens am 15. Aug. ausgefüllt wieder abzugeben. Die Anträge, die nicht ausdrücklich abgelehnt sind, gelten als genehmigt.
3. Jede Aenderung in der Zahl der vom Selbstverföhrer mit Brot und Mehl versorgten Personen ist vom Selbstverföhrer unverzüglich dem zuständigen Gemeindefretariat, für Karlsruhe der Kartensstelle (Hotel Nowad) mitzuteilen.
4. Die Verarbeitung von Getreide (auch Hafer) zu Mehl, Schrot, Grieß, Grütze, Graupen, Fladen und ähnlichen Erzeugnissen, sowie zu Futtermitteln, das Verben von Spelz (Dinkel, Fejen) und die Weiterverarbeitung von Schrot, Grieß, Grütze, Graupen oder Fladen zu Mehl in eigenen oder fremden Betrieben ist den Selbstverföhrern nur insoweit gestattet, als ihnen hierzu ein Erlaubnisbeschein (Mahlkarte, Schrotkarte, Gerstefarte) ausgestellt worden ist. Die Mahlarten usw. werden wie bisher für Karlsruhe einschließlich Mühlbürg bei der Kartensstelle (Hotel Nowad), für die Vororte bei den Gemeindefretariaten ausgestellt, und zwar für zwei Monate (nur im Falle dringenden Bedürfnisses bis zu 4 Monaten). Sie sind nur innerhalb der auf ihnen bemerkten Frist gültig.
5. Das Getreide darf nur bei der Mühle gemahlen werden, auf die die Mahlkarte lautet. Ein Wechsel der Mühle ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der auf der Mahlkarte ausstellenden Stelle gestattet.
6. Vor dem Verbringen des Getreides zur Mühle und des Mahlgutes aus der Mühle sind die Säcke mit Anhängesetzten zu versehen, aus denen sich der Inhalt der Säcke nach Fruchtart und Gewicht sowie Name und Wohnort des Selbstverföhrers ergeben. Die Anhängesetzten haben an den Säcken zu verbleiben, bis die Erzeugnisse zum landwirtschaftlichen Betrieb zurückgebracht sind. Anhängesetzell hat der Selbstverföhrer beim Anstellen der Mahlkarte anzufordern.
7. Auch der beim Mahlen des Getreides entstehende Abfall gehört dem Selbstverföhrer.
8. Der Ueberbringer des Getreides und der Abholer der Mahlerzeugnisse haben in dem Mahlbuch des Müllers die Eintragungen des Müllers zu bescheinigen; sie sind neben dem Müller für die Richtigkeit der Eintragungen verantwortlich.
9. Roggen und Weizen ist vorläufig mindestens bis zu 90 Proz. Gerste mindestens bis zu 85 Proz. auszumahlen. Diese Mindestsätze gelten nur für Getreide, das zur menschlichen Ernährung verwendet werden soll, also nicht für Getreide, das im zulässigen Umfange zur Verwendung als Viehfutter verschrotet oder sonst verarbeitet werden soll. Auch wird dadurch die Befugnis der Selbstverföhrer zur Herstellung von Schrot, Graupen, Grütze oder Fladen aus den ihnen zur menschlichen Ernährung belassenen Mengen an Gerste nicht berührt. — In Mühlen, die die obigen Mindestsätze nicht erreichen, dürfen hiesige Selbstverföhrer nicht mahlen.
10. Selbstverföhrer dürfen verkaufen:

- a) Zur Ernährung der von ihnen nach den bisherigen Bestimmungen mit Brot und Mehl zu versorgenden Haushaltungsangehörigen usw. vom 16. August 1920 ab auf den Kopf an:
Brotgetreide monatlich 12 kg
Gerste und Hafer monatlich je 5 „
- b) Zur Verfütterung des im Betriebe gehaltenen Viehes die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft noch festzusetzenden Mengen. Sie dürfen nur im gedroschenen Zustand verfüttert werden, soweit nicht das Städt. Statistische Amt (Zähringerstr. 98) Ausnahmen gestattet.
- c) Zur Befüllung der zum Betriebe gehörenden Grundstücke auf das Veld an:
Winterroggen bis zu 155 kg
Sommerroggen bis zu 160 „
Winterweizen bis zu 190 „
Sommerweizen bis zu 185 „
Spelz bis zu 210 „
Gerste bis zu 180 „
Hafer bis zu 150 „
Mischfrucht entsprechend dem Mischungsverhältnis der Früchte.

11. Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe erhalten solange, bis ihnen die Selbstverföhrung tatsächlich möglich ist, Brot- und Mehlkarten im gleichen Maße wie die übrigen Einwohner.

12. Wer sein Mehl zu früh verbraucht, erhält vor Ablauf der gesetzlichen Frist auf seinen Fall weder eine neue Mahlkarte noch Brotkarten.

13. Alle Anbauer der oben genannten Früchte sind verpflichtet, ihre Früchte sofort auszubringen und alles, was nicht zur Selbstverföhrung

in gesetzlich zulässigem Maße nötig ist, abzuliefern. Brotgetreide und Gerste sind an das Lager der Reichsgetreidestelle bei der Gesellschaft Sinner in Grünwinkel abzuliefern. Einkaufskommissär der Reichsgetreidestelle ist wieder die hiesige Futtermittelfirma Wagner u. Sohn, Durlacher Allee 9. Ueber Hafer stehen die Bestimmungen der Reichsgetreidestelle noch aus.

14. Unverzügliche Ablieferung von Brotgetreide und Gerste ist dringend erwünscht. Die Mengen, die jetzt nicht abgeliefert werden, werden später enteignet. Der Besitzer haftet dafür, daß sie bei der Enteignung noch in vollem Umfange vorhanden sind und sich in gutem Zustande befinden; er haftet also a. B. auch für Mäusefraß.

15. Nichtmahlfähiges Brotgetreide ist ebenfalls beschlagnahmt; es ist beim städt. Statistischen Amt anzumelden.

16. Die Höchstpreise für gutes, vollreifes Getreide aus der Ernte 1920 sind für 1 Ztr.:
a) Roggen 75,00 M,
b) Weizen, Spelz 82,00 M,
c) Gerste und Hafer 72,50 M.

17. Außerordentlich wird bis 16. September 1920 für Brotgetreide und Gerste ein Zuschlag von 7,50 M für den Zentner bezahlt.

18. Pflicht eines jeden Landwirts ist es, sein Getreide sofort auszubereiten und umgehen so viel als möglich abzuliefern. Wer dies tut, trägt dazu bei, die Volksernährung wieder zu verbessern. Je früher er abgeliefert, um so mehr Entschädigung erhält er, da das Getreide durch Lagern an Gewicht verliert.

19. Wer mehr verbraucht, als ihm bestimmungsgemäß zusteht, hat Bestrafung und Enteignung des Rechts der Selbstverföhrung zu gewärtigen.

20. Restlose Erfassung der nicht freigegebenen Vorräte, Sparame Saushaltung mit dem Getreide und scharfe Ueberwachung der Selbstverföhrer und der Mühlen ist auch im Erntejahr 1920/21 unbedingt nötig. Wir erwarten, daß auch die hiesigen Landwirte bei der Durchführung unserer Aufgaben über den Verkehr mit Getreide nach Kräften unterstützen.
Karlsruhe, den 5. August 1920. 2220
Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung

über Vorräte aus früheren Ernten an Getreide, Mehl usw., über Vorräte an ausländischem Getreide, Mehl usw.

1. Gemäß Verordnung der Reichsregierung vom 21. Mai 1920 sind die mit Beginn des 16. August 1920 vorhandenen Vorräte an Getreide, Mehl usw. abzugeben, die aus früheren Ernten (also nicht aus der Ernte 1920) stammen:

2. In Frage kommen Vorräte an:
a) Brotgetreide, Gerste und Hafer,
b) Mehl aus Brotgetreide oder Gerste, allein oder mit anderem Mehl gemischt,
c) Schrot, Graupen, Grütze, Fladen aus Brotgetreide oder Gerste, allein oder mit anderen Nahrungsmitteln oder Futtermitteln gemischt.

3. Nicht angezeigentlich sind Vorräte:

- a) an Erzeugnissen aus Brotgetreide und Gerste, die durch den Kommunalverband an Händler, Verarbeiter oder Verbraucher abgegeben sind (mit Ausnahme von Vorräten an Mehl und Schrot aus Brotgetreide und Gerste, die also angezeigentlich sind, soweit sie nicht nach Ziffer 3 b) befreit sind),
- b) die einschließliche der daraus hergestellten Erzeugnisse bei einem Besitzer je 25 kg nicht übersteigen,
- c) die im Eigentum des Reichs, eines Landes, der Reichsgetreidestelle oder der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte stehen.

4. Zur Abgabe der Anzeige verpflichtet ist, wer solche Vorräte im Gewahrsam hat.

5. Die Anzeige ist in Zentnern und Pfund und getrennt nach den einzelnen Frucht- und Mehlarten und nach Eigentümern auf dem vorgeschriebenen Erhebungsbogen zu erstatten.

6. Die Erhebungsbogen sind beim städt. Statistischen Amt (Zähringerstr. 98), bei den Polizeiwachen und bei den Gemeindefretariaten erhältlich und dieselbst spätestens am 20. August ausgefüllt wieder abzugeben.

7. Vorräte, die am 16. August unterwegs sind, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzugeben.

8. Wer Getreide oder daraus hergestellte Erzeugnisse außerhalb der behördlich geregelten Verteilung zum Zwecke der Weiterveräußerung erwirbt oder zwecks solchen Erwerbs Verträge abschließt, ferner wer ausländisches Getreide oder Mehl erwirbt, hat binnen 3 Tagen nach dem Erwerb oder Vertragsschluß dem städt. Statistischen Amt schriftlich Anzeige zu erstatten. Wer jetzt solche Vorräte besitzt, hat die Anzeige sofort zu erstatten.

9. Mit Beginn des 16. August 1920 ist auch Hafer früherer Ernten, somit sämtlicher Hafer, beschlagnahmt. Der Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft bestimmt, in welchem Umfange Hafer trotz der Beschlagnahme verwendet oder sonstwie verwendet werden darf.

10. Wer zur Anzeige von Vorräten verpflichtet ist, sie aber nicht in der gesetzlichen Frist erpariert oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50.000 M bestraft. Außerdem können die verbeizahlten Vorräte für verfallen erklärt werden.
Karlsruhe den 7. August 1920. 2221
Das Bürgermeisteramt.

1 Waggon
Emaile
zu Sonderpreisen!

Fleischhöpfe	28	24	22	20	18	16	14	12
	28	24	22	20	18	16	14	12
	23.95	21.50	18.50	15.25	12.50			
Nudelpfannen	24	22	20	18	16	14	12	10
	24	22	20	18	16	14	12	10
	15.95	13.25	9.75	7.25	6.25			
Schüsseln, rund	7.85	6.95	5.95	5.50	4.95			
Teigschüsseln	28.50	23.75	20.50	18.25	11.50			
Suppenschüsseln	Stück	18.75	14.25	12.95				

Wasserleimer	28 cm, St. 19.95	1 Posten	Zinkleimer St. 19.50
Salatseiler	28 cm 24 cm	Essenträger	12 cm 10 cm
	19.75 16.95		11.50 7.95
Buntformen	St. 19.75 16.75	Milchhöpfe	mit Ausguss
			St. 9.75 7.95
Salz- oder Mehlmetze	Stk. 14.25	Schöpfhöpfe	Stk. 6.50 5.95
EBeller	Stk. 3.25	Leuchter	Stk. 5.25
Milchträger	3 Ltr. 16.50, 2 Ltr. 12.95	Omelteschautel	Stk. 4.95
Kaffeelöffel, Alum.	Stück 75.5		

Sämtl. Preise rein Netto.
Besichtigen Sie unser Spezialfenster.

Schmoller.

Wanzen, Käfer
lassen Sie am besten durch meine Spezial-Verfahren mit sicherem Erfolg unter Garantie vertilgen.
U. B. U. Fr. Springer, Karlsruhe
nur Markgrafenstr. Nr. 52 — Telefon 3263.
Abonnement für Hausbesitzer unter günst. Bedingungen.

Gewerkschafts-Sekretär
Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes sucht zum möglichst baldigen Eintritt einen

Stärke-
Leib- und Haushalt-
Wäsche
übernimmt bei kurzer Lieferzeit
Dampfwäsche-Anstalt
A. Lau
Karlsruhe
Annahmestellen:
Augartenstraße 37, Laden
Schererstraße 10a
Schützenstraße 48, Laden
Sofienstraße 13, Laden
Walldornstraße 31, Laden (Eingang Zähringerstraße).
Kntelungen:
Hauptstr. 94, Laden

Briefmarken-Sammlung
sowie best. Einzelmarken zu kaufen gesucht. Best. Angebote unter Nr. 4531 an Volksfreundbüro erb.

Henninger's Gummibehölung.
Mit Spezial-Maschinen wasserdicht angebracht, überläßt sie zwei gute Bedrohungen. Keine neue Lederbeschölung nötig.
Serren-Sohlen mit Absatz Nr. 28. —
Damen-Sohlen mit Absatz Nr. 25. —
Erle Karlsruhe
Gummibehölung-Anstalt mit Kraftbetrieb
153 Kaiser-Allee 145
Häufelstraße 10
Telefon 5058.
Annahmest.: Kaiserstr. 161
Schubhaus N. Dauter

Stärke-
Leib- und Haushalt-
Wäsche
übernimmt bei kurzer Lieferzeit
Dampfwäsche-Anstalt
A. Lau
Karlsruhe
Annahmestellen:
Augartenstraße 37, Laden
Schererstraße 10a
Schützenstraße 48, Laden
Sofienstraße 13, Laden
Walldornstraße 31, Laden (Eingang Zähringerstraße).
Kntelungen:
Hauptstr. 94, Laden